Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60 II. zu senden.

Nr. 36 — Sonntag, den 8. September — 1912

Frohe Jugend.

Seit die Sozialdemokratie der Jugendpflege größere Aufmerksamkeit widmet und die Organisierung der Jugendpflege praktisch in Angriff genommen hat, sind die Stützen der bürgerlichen Gesellschaft in starke Aufregung geraten. Sie haben den Eindruck, daß ihnen und der von ihnen verteidigten Gesellschaftsordnung die Sozialdemokratie immer gefährlicher wird. Aber in ihrer Aufregung und Unkenntnis der Dinge beurteilen sie die Jugendbewegung unter den Arbeitern ganz falsch.

Den modernen Anschauungen und sozialdemokratischen Grundsätzen gehört sowieso die Zukunft. Jede neu heranwachsende Generation liefert mehr Kämpfer für die Sozialdemokratie, es war den Rückwärtslern unmöglich, das Denken der Arbeiter im Banne überlebter Zustände und Einrichtungen zu fesseln. Je stärker nun die Sozialdemokratie wurde, je mehr Kräfte ihrer Agitation zur Verfügung standen, um so mehr mußte sie alle Gebiete des öffentlichen Lebens in den Kreis weitergreifender Tätigkeit ziehen. Im Laufe ihrer Entwicklung ist sie nun dazu gekommen, in die Erziehung und Fortbildung der Arbeiterjugend organisatorisch und methodisch einzugreifen.

Seit einigen Jahren ist durch dieses Eingreifen eine lebhafte Bewegung unter die Arbeiterjugend eingetreten, die eben die herrschenden Kreise in Unruhe versetzt. Mit einem Male werfen sie sich auf alle Vereine und Gesellschaften, die sich bisher die Köderung Jugendlicher angelegen sein ließen, unterstützen sie mit allem Möglichen oder gründen neue Sport-Jugendwehr- oder sonst welche Vereine, die der sozialdemokratischen Jugendbewegung das Wasser abgraben sollen.

Zu spät! sagen Klugschwätzer; ihr hättet früher damit anfangen sollen. Als ob, je stärker die Sozialdemokratie werden mußte, die Arbeiterjugend von ihr ferngehalten hätte werden können! Die sozialdemokratischen Ideen dringen in die abgeschlossensten Werkstätten, gehen in Fleisch und Blut der Arbeiter über, deren ganzes Wesen durch sie umgebildet wird. Und durch den stetigen Arbeitsverkehr mit der Jugend wird diese Entwicklung auch auf sie übertragen. Dieser stetige Arbeitsverkehr zwischen Jugendlichen und Erwachsenen ist der Boden, auf dem die Heranziehung der Jugend zur Arbeiterbewegung ursprünglich und fortlaufend geschieht, soweit nicht schon in der Familie des sozialdemokratisch denkenden Arbeiters sich dies vollzieht. Das, was nun organisatorisch für die Jugendpflege geschieht, soll den Keim weiterentwickeln, die wachende Erkenntnis systematisch zu höherer Stufe leiten. Dagegen hilft weder bürgerlicher Klimbim etwas, noch kann es durch polizeilich-behördliche Ein- und Uebergriffe, wie sie neuerdings immer mehr sich bemerkbar machen, aufgehalten werden.

In der bürgerlichen Presse zetern sonst sogar ganz verständige Männer darüber, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Jugendpflege „unreife, junge Menschen umstricke, noch unfertige Menschen für eine politische Weltanschauung einfange, und daß sie die jungen Leute daran gewöhnen wolle, an die Stelle eigenen Nachdenkens die unverstandene Phrase zu setzen."

Das ist ebenso unvorsichtiges wie törichtes Gerede. Was wollen denn unsere Gegner mit ihrer Jugendpflege bezwecken? Die einen heben das religiös-fanatische Moment vor der nationalen Begeisterung hervor, die anderen legen wieder das Hauptgewicht auf die vaterländisch-nationalistischen Bestrebungen der Jugend. Politische, ja parteipolitische Absichten liegen all dem zu Grunde. Gerade gegen diese Verführung, gegen die Verlotterung des Denkens, gegen den Mißbrauch der Jugend für die Zwecke des ungerechten herrschenden Systems der Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klassen richtet sich die Jugendpflege der Sozialdemokratie. Wie kann man ihr den Vorwurf machen, sie verfolge damit politische Zwecke, wenn sie sich genötigt sieht, die politischen Zwecke ihrer Gegner bei deren Jugendbekehrung zu durchkreuzen? Gerade weil ihre Gegner politisch die Jugend beeinflußt, sucht die Sozialdemokratie diese schlechte politische Beeinflussung durch eine bessere zu ersetzen. Aber es ist auch sonst unsere Auffassung, daß die Jugend frühzeitig in die öffentlichen Verhältnisse eingeweiht werden muß, daß ihr lehrhaft gut die staatlichen Zusammenhänge erklärt werden. Was ist denn der Geschichtsunterricht in der Schule heute anderes, als ein Mittel zum Zweck der Beeinflussung für das herrschende System? —

Nun kommen noch nebenher gutmütige, liberalisierende Philister daher und sagen, bei der Jugendpflege solle es sich nur darum handeln, „jungen Leuten zwischen dem 14. und 18. Lebensjahre eine frohe Jugend zu verschaffen . . . Knaben und Mädchen zu geistig und körperlich tüchtigen, arbeitsfrohen Menschen zu erziehen, ihnen einen Lebensinhalt zu geben, der eine verebelnde Kraft auf ihr Tun und Lassen ausübt". Das alles solle aber geschehen, ohne die Jugend mit Politik zu belasten. Wie einfältig!

Die Arbeiterjugend ist in der kapitalistischen Gesellschaft mit überanstrengender Arbeit, und trotz dieser noch mit dem Fluche des Darbens belastet. Wenn sie unter dieser traurigen Tatsache nicht zusammenknicken und stumpfsinnig dieses Los über sich ergehen lassen soll, dann muß ihr der Ausweg aus dieser elenden Lage gezeigt werden. Das kann nur geschehen, wenn man sie belehrt, der Wahrheit ins Angesicht zu schauen. Die Wahrheit enthüllt ihr aber die Ursachen ihres Elends und das ihrer ganzen Klasse. Diese Ursachen: die kapitalistische Wirtschaft und die zu ihrer Aufrechterhaltung und Fortführung geschaffenen staatlichen, politischen Einrichtungen muß sie kennen lernen, um dann auch zu begreifen, daß dieses Menschenwerk beseitigt und ein schöneres an seine Stelle gesetzt werden kann, wenn die übergroße Mehrheit der Völker, das sind die arbeitenden Klassen, das begriffen haben und es zur Ausführung bringen wollen.

Diese Aussicht auf eine schönere Zukunft ist das begeisternde Moment, das der Jugend frohe Ausblicke, frohe Stunden bereiten kann, freilich kampffrohe Stunden, die ihr „einen Lebensinhalt geben", nämlich den, alles daran zu setzen, der gesamten Menschheit ein würdiges, von der eklen, gemeinen Gier der Uebervorteilung und Ausbeutung der Mitmenschen befreites Dasein zu geben. Hat die Jugend Verständnis hierfür gewonnen, so wird ihr auch leichter eingehen, wie sie alles zu tun hat, um sich für dieses Streben geistig und körperlich rüstig zu halten, aller Verführung zur Verweichlichung und Versumpfung Trotz zu bieten. Eine höhere Auffassung des Lebens liegt diesem Streben zu Grunde, das empfindet der Arbeiter in der Jugend heute ebenso tief, wie wir in unserer Jugend es empfunden haben, als die sozialdemokratischen Ideen ihren Einzug in unser Denken hielten, jene Ideen, die über den bürgerlichen nationalistischen Firlefanz himmelhoch hinausgehen und ihn als ein Mittel der Verdummung erscheinen lassen.

Mit der inneren Erhebung der Jugend, mit der Eröffnung des Ausblicks auf die Befreiung der Arbeiterklasse wird auch die Arbeitsfreudigkeit des Menschen gehoben, dem von der Sozialdemokratie gelehrt wird, daß die Arbeit der Gesamtheit allen Bedürfnissen der Gesamtheit dienen, nicht nur Wenigen alle Genüsse des Lebens verschaffen soll, während die Massen in Not und Sorgen sich hinschleppen.

Mögen daher die Gegner der sozialdemokratischen Jugendpflege diese verlästern, die Sozialdemokratie weiß, was der Arbeiterjugend dient. Und wie sie durch die politische Erweckung der Arbeiter die Arbeiterbewegung zu einem achtunggebietenden Faktor im öffentlichen Leben gestaltet, die Arbeiterklasse auf ein unendlich höheres Niveau erhoben hat, als auf dem ihre Gegner sich befinden, so wird sie auch die Jugendpflege unter der Arbeiterjugend weit über das hinausheben, was die bürgerlichen Kreise unter Jugendpflege verstehen und betreiben. Sie kann und will den jugendlichen Arbeitern nicht etwa eine „frohe Jugend" verschaffen, die, abseits von dem Verständnis der öffentlichen Zustände, sich nur in Tändeleien oder dummen Streichen ergeht, wie es bei den oberen Zehntausend der Fall ist, sie will ein kerniges, selbstbewußtes Geschlecht erziehen, das, kämpfen gelernt, die Freiheit sich erkämpfen wird.

Soweit Bürgerliche unter froher Jugend eine sorglose Jugend verstehen, ist eine solche den jugendlichen Arbeitern im allgemeinen nicht zu verschaffen, solange sie in kapitalistischer Frohn die Sorge als täglichen Gast an ihrem Tische in der Familie sehen.

Hocherfreut ist es, wenn sich die Arbeiterjugend durch diesen grauen täglichen Gast den kampffrohen Ausblick auf eine schönere Zukunft nicht rauben läßt. Das ist aber nicht das Verdienst der bürgerlichen Klassen oder der Einrichtungen des Klassenstaates, sondern der sozialdemokratischen Jugenderziehung, wie sie in den Organisationen der Arbeiter gepflegt wird. Sie allein zeigt den jugendlichen Arbeitern den richtigen Weg, der zur Emanzipation der Arbeiterklasse führt. —

Reichstag hilf!

Die Klagen über teure Zeiten sind zu einer allgemeinen Volksstimmung geworden. Wieder einmal tritt die tiefe Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen grell zu Tage. Wo man hinhört, heißt es: „Wohin soll das noch führen? Alles wird teurer." Erklärlicherweise sind es in erster Linie die Arbeiterfrauen, die in diese Klagen ausbrechen. Sie wissen am ehesten, daß ihr geringes Wirtschaftsgeld nicht ausreicht, um das Nötigste für den Unterhalt der Familie zu beschaffen. Aber auch tief in die bürgerlichen Kreise hinein frißt sich die Unzufriedenheit über die Verteuerung des Lebensunterhalts.

Allgemach lernt man auch in kleinbürgerlichen Kreisen die Ursachen der Teuerung kennen, die wir bereits in voriger Nummer unseres Blattes darlegten. Wären die kleinbürgerlichen Kreise nicht gar so politisch träge, dann würde die Bewegung, die sich zur Beseitigung der nächstliegenden Teuerungsursachen entfaltet, größeren Schwung erhalten und viel nachdrücklicher wirken. In dumpfer Verzweiflung macht sich jedoch mancher nur Luft durch den Stoßseufzer: „Es hilft ja doch nichts!" Dann darbt er stumpfsinnig weiter.

Da ist es Hauptaufgabe derer, die am schwersten von der Ausraubungspolitik der herrschenden Klassen getroffen werden, der Arbeiter, auf dem Posten zu sein und zornmutig dem Schuldigen auf den Leib zu rücken. Ueberall haben sie denn auch durch ihre Presse Aufklärung über das Verteuerungssystem der herrschenden Wirtschaftspolitik verbreitet und große Demonstrationsversammlungen vorgenommen, die dem gemeinsamen Empfinden der breiten Volksmassen Ausdruck geben. Ueberall erschallt die Forderung:

Fort mit allen Lebensmittelzöllen!

Natürlich wird auch die Forderung gestellt, sofort den Reichstag einzuberufen, der über den Lebensmittelwucher befinden und die Regierung veranlassen soll, endlich helfend einzugreifen, die Grenzen für Fleischzufuhr zu öffnen und die Zölle aufzuheben.

Selbst die Fleischerinnungen, denen man gewiß nicht politische Oppositionslust und fortschrittliche Gesinnung nachsagen kann, sehen sich durch die Fleischnot veranlaßt, die Regierungskreise für die Oeffnung der Grenzen zur Einfuhr von Schlachtvieh und geschlachtetem Fleisch zu bewegen. Hauptsächlich würde die Einfuhr von argentinischem Büchsenfleisch oder geschlachteten Viehes sofort die Fleischpreise herunterdrücken.

Die Agrarier freilich, d. h. die Großgrundbesitzer, die von den ungeheuerlich hohen Viehpreisen Gewinn haben, hetzen gegen alle Versuche, die ihnen dienstwillige Regierung umzustimmen und beschuldigen den Zwischenhandel resp. die Fleischer der Preistreiberei. Wir haben schon immer erklärt, daß auch der Zwischenhandel die Situation für sich ausbeutet und auch die Fleischer durch Abrundung der Fleischpreise im Kleinhandel Vorteile zu ziehen suchen, aber das würde ihnen schwer, wenn nicht unmöglich gemacht werden, sobald alle die gesetzlichen Bestimmungen beseitigt werden, die nur geschaffen sind, den Großgrundbesitzern Profite zuzuschieben durch die Fernhaltung der ausländischen Konkurrenz. Die Lebensmittelzölle und die Grenzsperre sind nur Mittel, die den Agrariern die Ausbeutung des eignen Volkes erleichtern und garantieren. Darum wehren sich die Agrarier gegen die Forderung nach Beseitigung dieser skandalösen offiziellen Volksauspowerung. Daher suchen sie den Volkszorn auf die Fleischer allein abzulenken.

Das Volk weiß jedoch allein schon die Hauptschuldigen zu finden, die allerdings nicht so leicht von ihm zu treffen sind, wie die Fleischer. Gegen die letztere macht sich der Unmut schon geltend durch den Boykott, der in verschiedenen Bezirken des Reiches eingesetzt hat, um auch diese Interessenkreise zu zwingen, alles zu tun, die Volksnot mindern zu helfen.

Und wollten die Fleischer hohe Fleischpreise aufrechterhalten, wenn die Zufuhr argentinischen Fleisches freigegeben wäre, dann könnten sie bald einpacken. Mit grimmiger Energie würde ein Boykott einsetzen, der ihre Existenz sofort kalt stellte, wie es zum Teil schon die Wirkung des württembergischen Boykotts gegen die Fleischer ist.

Wie schwer die Fleischnot das Volk trifft, deß gibt weiter Zeugnis die Initiative einzelner Gemeindeverwaltungen, wie z. B. in Frankfurt a. M., wo der Magistrat eine Eingabe an den Bundesrat beschlossen hat, die die Kalamität feststellt und die Oeffnung der Grenzen verlangt. Es muß aber unserer Ansicht nach mehr Gewicht auf die Einberufung des Reichstages gelegt werden.

Den Agrariern, überhaupt allen Reaktionären einschließlich der Regierung ist es ein Greuel, den Reichstag versammelt zu sehen, besonders aber über eine Volksnot verhandeln zu lassen. Die Abneigung gründet sich auf die Tatsache, daß hierdurch noch mehr Aufklärung unter das Volk über seine Not gebracht würde. Das muß den Volkswillen, die Volksenergie stärken, die allein aufräumen kann mit den skandalösen Zuständen, unter denen das arbeitende Volk leidet. Gegenüber einem einmütigen Vorgehen von Volk und Parlamentsmehrheit müßte die Regierung nachgeben und wenn die raffgierigen Agrarier sich vor Wut über die ihnen entrissene Beute auf den Kopf stellten.

Selbst dann aber, wenn die Regierung nicht nachgeben will, müßte die Feststellung der Gründe, warum sie nicht

nachgibt, aufklärend wirken, wenn sie im Reichstage unter dem Schutze der Redefreiheit der Regierung anklagend ins Gesicht geschleudert werden können. Gerade das ist der Hauptgrund der Abneigung der Reaktionäre und Ausbeuter gegen den Reichstag.

Ferner könnte auch festgestellt werden, wie die einzelnen Parteien sich zur steigenden Volksnot verhalten, denn die Fleischnot ist Volksnot. Zwar ist bekannt, daß die bürgerliche Mehrheit im Reichstag den Zollwucher zum Gesetz erhoben hat, aber sie hat auch die Folgen dieser Volksauspowerung bereits durch eine Dezimierung ihrer Mandate bei den Reichstagswahlen verspürt. Versagt diese Mehrheit jetzt in dem speziellen, sehr drückenden Falle, dann kann das ihr bei kommenden Wahlen noch gefährlicher werden. Wollte sie das verhüten, müßte sie — wenigstens ein Teil dieser Mehrheit — den Wünschen des notleidenden Volkes entgegenkommen.

Nachdem die Sozialdemokratie selbst eine starke Fraktion von 110 Abgeordneten stellt, könnte schon das Zentrum allein mit ihr eine Mehrheit bilden, wenn es Aktionen zur Beseitigung der Fleischnot ernstlich unternehmen wollte, falls die liberalen Parteien sich nicht dazu herbeiließen. Die „Fortschrittliche Volkspartei" tritt zwar jetzt schon in der Oeffentlichkeit für die Oeffnung der Grenzen ein, aber sie bildet mit der Sozialdemokratie im Reichstage noch keine Mehrheit. Es müssen also die übrigen Parteien geprüft werden, ob sie Verständnis für die Not des Volkes haben und bereit sind, sie abstellen zu helfen.

Es ist dazu höchste Zeit. Der Winter wird die Not noch verschärfen, zumal die profithungrige Kaste der Grubenbesitzer mit dem sauberen Plane umgeht, die Steinkohlenpreise zu erhöhen. Zwischen den Besitzern der oberschlesischen Steinkohlenwerke finden seit längerer Zeit schon Verhandlungen zu dem Zwecke statt. Das fehlt gerade noch, um dem Fasse den Boden auszuschlagen. Ob das Volk hungert und friert, das kümmert die Räuber nicht, die seine Taschen ausplündern!

Keine Erhöhung der Löhne der Grubenarbeiter — aber Erhöhung der Kohlenpreise! Keine Lohnerhöhung für die Arbeiter im allgemeinen — aber Hinauftreibung der Lebensmittelpreise durch Wucherzölle und Grenzsperre! Das ist die Signatur der deutschen Wirtschaftspolitik, die nur auf Belastung der großen, werktätigen Mehrheit des Volkes gerichtet ist, zugunsten einer kleinen Minderheit Begüterter.

Je länger diese Wirtschaft andauert, um so schärfer tritt ihre Wirkung zum Schaden der Gesamtheit hervor. Es ist daher die dringendste Aufgabe des Reichstages, in der jetzt scharf hervortretenden Kalamität die Initiative zu ergreifen und mindestens die ärgsten gesetzlichen Uebel auszurotten.

Der Reichstag muß also sofort einberufen werden, sofern die Regierung nicht selbst eingreift. Tut sie nichts von beiden, dann wird sie vor allem neben den mit ihr verbündeten Agrariern von dem Volk verantwortlich gemacht werden für das Unheil, das dem Volke Kraft und Gesundheit, Geld und Gut kostet.

Der Tabaktrust.

Der amerikanische Tabaktrust wurde bekanntlich durch eine Entscheidung des höchsten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten gezwungen, sich aufzulösen. Es war vorauszusehen, daß die Großkapitalisten der Tabakbranche Mittel und Wege finden würden, die ausbeuterische Tätigkeit des aufgelösten Trusts in anderer Form fortzusetzen. Die Schiebung scheint so vor sich gegangen zu sein, daß die British-American Tobacco Co." die Trustgeschäfte weiter betreibt.

Der Süddeutschen Tabakzeitung wird darüber geschrieben: Vor einigen Wochen feierte die British-American Tobacco Co. ihr erstes Erscheinen vor dem britischen Publikum; sie brauchte Geld — nahezu 15 Millionen Mark — und sie brachte diese Summe ohne Schwierigkeiten auf dem britischen Markt auf. Dieses neue Kapital ging in Vorzugsaktien auf. Es blieb ein Geheimnis, zu welchem Zweck eine solche Summe benötigt wurde, da aber im letzten Geschäftsjahr die von den ansehnlichen Dividenden aufgesogenen Beträge nicht einmal ein Sechzehntel von den Reineinkünften wegnahmen, machten sich die Kapitalisten um die Sicherheit ihrer Anlage keine Sorgen. Nach Abzug der Dividendenbeträge war der letztjährige Reingewinn immerhin noch über 23 Millionen Mark.

Die British-American Tobacco Co. kann als ein Trust bezeichnet werden, der zusammen mit zwei anderen mächtigen Korporationen rund 75 Prozent des Welthandels in Tabak kontrolliert. Wenn auch der eine dieser beiden Konzerne, die American Tobacco Company oder der „Tabaktrust" der Vergangenheit angehört, so ist durch das theoretische Ausscheiden dieser Gesellschaft die Kräftekombination nicht zerstört, sondern nur verschoben; wieweit dieser Verschiebungsprozeß schon fortgeschritten ist, tritt heute noch nicht klar hervor. Der andere Konzern im Tabaktriumphirat ist die Imperial Tobacco Company von Großbritannien und Irland. Der Aufbau und die Macht dieser Gesellschaft ähnelt in mancher Beziehung dem Bild, das der Tabaktrust in seinen gesunden Tagen bot. Der Trust und seine vielen, mehr oder weniger offenkundigen Hilfskonzerne monopolisieren den amerikanischen Markt, und die Imperial Tobacco Company hat dasselbe Ziel so gut wie vollständig auf dem britischen Markt erreicht. Die zunehmenden Klagen der Unabhängigen legen ein entsprechendes Zeugnis von der Entwicklung ab. Ein eigenartiges Finanzmanöver, welches in Finanzkreisen oft besprochen wurde, fand kurz nach der Auflösung des Tabaktrusts statt. Die Aktien der British-American Company, welche von dem Trust gehalten wurden, mußten kraft Auflösungsbeschlusses zurückgegeben werden. Zu gleicher Zeit hat dann die British American Company ihre Gesellschaftsstatuten dahin abgeändert, daß die Direktoren jederzeit das Recht haben sollen, an Direktoren, Offizielle oder Angestellte Aktien bis zu einem bestimmten Betrage zu überweisen. Mit andern Worten, die Aktionäre haben nichts zu sagen, wenn die Direktoren plötzlich selbst Lust nach einigen tausend neuen Aktien bekamen. Es dauerte nur einige Wochen nach der Aenderung der Statuten, bis die gewöhnlichen Aktionäre ohne vorherige Ankündigung ein Rundschreiben bekamen, in welchem sie benachrichtigt wurden, daß der Direktorenstab, mit der Absicht, alte Direktoren, die mit der Firma aufwuchsen, an die Gesellschaft zu fesseln, sich entschlossen habe, 449 728 Aktien zum Nennwert von 1 Pfund Sterling zu verteilen. Die Direktoren bezahlten für ihre neuen Aktien 30 Schilling und das ganze Schema wurde in einer rasch einberufenen Versammlung gutgeheißen. Die Aktien wurden darauf notiert und ihr Marktwert betrug, wie derjenige der gewöhnlichen Aktien, 5 Pfund Sterling. Die Direktoren bezahlten also 30 Schilling und konnten dieselben Aktien unmittelbar darauf für 100 Schilling losschlagen, wenn sie wollten. Auf jede Aktie von 1 Pfund Sterling machten sie einen Gewinn von 70 Schilling, und insgesamt berechnete sich dieser Extraprofit der Direktoren, der durch dieses äußerst geschickte Manöver realisiert wurde, auf nicht weniger als 31 500 000 Mark. Die ganze Transaktion war nach englischen Handelsgesetzen erlaubt, gleichwohl ob die Gesellschaft nur formell englisch ist oder tatsächlich. Die alten Direktoren dürften nun unzweifelhaft wieder stärker als je an das Unternehmen gefesselt sein. Das Interessanteste an diesem finanziellen Schachzug liegt in der Tatsache, daß seine Ausführung in eine Zeit der verwickeltsten inneren Wandlungen des Konzerns fällt, wo das Abweichen vom Althergebrachten und die Schaffung neuer Statutenparagraphen einem geringeren Widerstand bei den Aktionären begegnet als zu normalen Zeiten. Die Auflösung des amerikanischen Tabaktrustes muß aber mittelbar für diese eigenartige Neukapitalisierung der Gesellschaft verantwortlich gemacht werden. Die Zerstörung eines kapitalistischen Wirtschaftskörpers hat also indirekt die Kapitals- und Machtansammlung in einem andern engen Kreis zur Folge gehabt.

Rundschau.

Gegen die Teuerung hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei folgenden Aufruf erlassen:

Die Preise für die notwendigsten Lebensmittel sind abermals enorm gestiegen. Besonders die Fleischpreise haben eine Höhe erreicht, die den Arbeitern den Fleischgenuß geradezu unmöglich macht. Millionen Männer, Frauen und Kinder sind zur Unterernährung gezwungen; die Volksgesundheit ist auf das schwerste gefährdet.

Durch Mißernten und Viehseuchen können die Preise für Lebensmittel eine natürliche Steigerung erfahren. In Deutschland aber muß immer wieder Protest erhoben werden gegen die brutale Agrarpolitik, die im Interesse des Großgrundbesitzes Gesetze geschaffen hat, durch die die Lebensmittel künstlich in die Höhe getrieben worden sind und hochgehalten werden sollen.

Gegen diese Agrarpolitik, die zeitweilig wahre Hungersnotpreise im Gefolge hat, gilt es, angesichts des zur Zeit herrschenden Notstandes im ganzen Reich Protest zu erheben und Abhilfe zu fordern. Wir empfehlen deshalb den Parteiorganisationen die Verbreitung von aufklärenden Flugschriften und die Einberufung von Volksversammlungen. In diesen Versammlungen soll die zeitweilige Aufhebung der Zölle auf Lebens- und Futtermittel, die Oeffnung der Grenzen (unter Beibehaltung wirklich unerläßlicher Schutzbestimmungen zur Verhütung von Seucheneinschleppung) für die Einfuhr von Schlachtvieh verlangt und die Beseitigung der Bestimmungen des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, durch die die Einfuhr frischen und zubereiteten Fleisches geradezu unmöglich gemacht wird, gefordert werden.

Wir zweifeln nicht daran, daß die Genossen überall bestrebt sein werden, die Versammlungen zu wuchtigen Demonstrationen gegen die agrarische Reichspolitik zu gestalten.

Zur Abstellung der Fleischnot stellte die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Stadtverordnetenkollegium folgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat zur Abwehr der sich stetig steigenden Nahrungsmittelteuerung, welche Gesundheit und Leben der Bevölkerung Berlins auf das ärgste bedroht, an den Bundesrat und Reichstag eine Eingabe zu richten, in der unter Darlegung der herrschenden Notlage gefordert wird:

die sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzsperre für die Einfuhr von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der Einfuhrscheine;

städtische Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung Berlins mit Lebensmitteln zu schaffen und die vorhandenen auszubauen."

Die Regierung will mit sinnigem Fleisch die Fleischnot beseitigen. Der Bundesrat hat einige Vorschriften erlassen, durch welche die bisher geltenden Bestimmungen über die Ausführungen des Fleischbeschaugesetzes in einigen Punkten geändert werden. Bisher mußte das durch Pökelung brauchbar gemachte sinnige Fleisch allgemein als bedingt tauglich erklärt und auf die Freibank verwiesen werden. Diese Beschränkung fällt künftig für das gepökelte Fleisch, sinnniger Rinder weg. Solches Fleisch darf also künftig ohne jede Einschränkung dem freien Verkehr überwiesen werden. Die Folge dieser Maßnahme ist, daß das bisher auf der Freibank billiger verkaufte Fleisch nunmehr vom Publikum zu den normalen Preisen erstanden werden muß. Außerdem hat der Bundesrat gestattet, daß aus dem Auslande Pferdedärme eingeführt werden dürfen, und zwar trat eine Milderung des Verfahrens bei Beanstandung von Tierkörpern wegen Nesselfiebers ein. — Kommentar überflüssig!

Die Aufnahme- und die Versicherungskarten für die Angestelltenversicherung sind jetzt überall bei den örtlichen Ausgabestellen (Versicherungsamt der Reichsversicherung, örtliche Behörde für die Invalidenversicherung) zu haben. Als Legitimation gilt der Steuerzettel oder die Invalidenkarte. Ferner sind die Arbeitgeber berchtigt, für die bei ihnen beschäftigten Angestellten die Karten abzuheben. Da vor Ausstellung der Versicherungskarte die Versicherungspflicht geprüft wird, so müssen die Aufnahmekarten schleunigst beschafft werden, damit die Versicherungskarten zur Wahl zur Verfügung stehen. Wer nicht im Besitz der ausgefüllten Versicherungskarte ist, kann sein Wahlrecht bei den im Oktober stattfindenden Vertrauensmännerwahlen nicht ausüben!

Das Aufsichtsamt für Privatversicherung erhält bekanntlich einen Versicherungsbeirat. Dazu nimmt der Deutsche Werkmeisterverband in einer Eingabe an den Reichskanzler Stellung. Durch das in Kraft getretene Gesetz über die Hilfskassen wird eine große Anzahl von Kassen verschiedener Art neu der Aufsicht durch das Kaiserliche Aufsichtsamt unterstellt. Auch diese Kassen und ihre Mitglieder erhalten damit ein lebhaftes Interesse an der Geschäftsführung des Aufsichtsamtes, an den Anschauungen, die im Versicherungsbeirat herrschen. Darauf ist schon im Reichstage, besonders auch von sozialdemokratischer Seite hingewiesen worden. Es wurde da vorgeschlagen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zur Mitwirkung bei Entscheidungen des Aufsichtsamtes über kleinere Vereine eine Anzahl Personen, die in der Verwaltung der bisherigen Hilfskassen tätig waren, zu Mitgliedern des Versicherungsbeirats vorzuschlagen. Die Petenten schließen sich dem an und ersuchen zugleich den Reichskanzler, im Bundesrate darauf hinzuwirken, daß „zur Mitwirkung bei Entscheidungen des Aufsichtsamtes über kleinere Vereine eine Anzahl Personen, die in der Verwaltung der bisherigen freien Hilfskassen oder in den Versicherungskassen der Berufsvereine tätig sind, zu Mitgliedern des Versicherungsbeirats vorgeschlagen" werden, und daß dabei auch die Privatangestellten Berücksichtigung finden.

Kruppwohlfahrt und ihre Folgen. Noch ist in der bürgerlichen Welt der Begeisterungsrausch über die „hochherzigen" Millionenstiftungen der Firma Krupp nicht verflogen, und schon machen sich die Arbeiter der Gußstahlfabrik in Essen die üblen Folgen der reklamehaften Stifterei bemerkbar.

Am Tage nach der sogenannten Jubelfeier bereits wurden in einigen Betrieben die Akkordlöhne gekürzt. Später, bei der ersten Lohnzahlung nach dem Jubiläum, gewahrten die etwa 1000 in der Kesselschmiede beschäftigten Arbeiter, daß ihr Lohn um 3 M geringer war, als sie erwartet hatten. Es ergab sich, daß ein dauernder Akkordabzug gemacht worden war, der im Jahre für die Firma mindestens 78 000 M ausmacht, weit mehr, als zur Jubiläumsfeier den Arbeitern „geschenkt" wurde. Andern Arbeitern wurde die Ueberstundenarbeit genommen, was an sich ja zu begrüßen wäre; doch irgend eine Lohnzulage erhielten sie nicht, so daß, da ihr Haushalt auf der Mehrschufterei balanzierte, das Jubiläumsjahr für sie einen sehr bitteren Nachgeschmack haben dürfte. Noch schlimmer erging es verschiedenen hundert in der Gießerei des Martinwerkes 6 beschäftigten Akkordarbeitern. Diesen wurde nach zwölf Schichten schwerer Arbeit ein Lohn ausgehändigt, der sonst auf nur elf Schichten entfiel. Dabei wurde ihnen aber großmütig erklärt, daß die Firma „selbstverständlich" die Feierschicht am Tage des Kaiserbesuches mit bezahle. Also auch hier ein Akkordabzug, der für den einzelnen Arbeiter einen Fehlbetrag zwischen 3 bis 10 M ausmacht! Es scheint also, als wenn die Firma ihre „Wohlfahrt" mit Zins und Zinseszins wieder hereinholen wollte.

Zu diesen Vorkommnissen nahm eine große Metallarbeiterversammlung in Essen Stellung, die folgende Resolution beschloß:

> Die Versammlung der Arbeiter der Firma Friedrich Krupp A.-G. kann in den zur Jahrhundertfeier gestifteten Millionen eine Arbeiterfürsorge nicht erblicken. Sie stellt im Gegenteil fest, daß keine der von ihr erwarteten sozialen Pflichten erfüllt worden ist. Gegen die vor und nach der Jahrhundertfeier erfolgten Lohn- und Verdienstreduzierungen erheben die Versammelten entschieden Protest. Sie bestreiten ganz entschieden, daß das in Tisch- und Festreden zum Ausdruck gebrachte gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Firma besteht. Sie wissen, daß zur Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage vom Unternehmer nichts Durchgreifendes zu erwarten ist. Die Versammelten versprechen deshalb, mit aller Energie für die Ausbreitung der Organisation Sorge tragen zu wollen.

Organisationszersplitterer unter den Plauener Textilarbeitern. Der frühere Geschäftsführer der Zahlstelle Plauen i. V. des Textilarbeiterverbandes bietet mit seinem Verhalten gegenwärtig der Reichsverbandspresse Stoff zur Unterhaltung. Uhlig, der aus seiner Organisation ausgeschlossen worden ist, hat durch Veröffentlichungen im konservativen „Voigtländischen Anzeiger", die von dort ihre Runde durch die ganze Reichsverbandspresse machten, hämische Verdächtigungen und Anwürfe gegen die Verwaltung und auch gegen den Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes erhoben. Schließlich ging er in Gemeinschaft mit noch einigen Stänkerern, die ebenfalls ausgeschlossen waren, resp. gegen die das Ausschlußverfahren eingeleitet worden ist, dazu über, am Sonnabend eine öffentliche Protestversammlung im Schützenhof einzuberufen, in der gleichzeitig die Gründung einer Lokalorganisation vorgenommen werden sollte. Das „Material" zu seinen Veröffentlichungen und zum Referat in der Versammlung hat er sich durch Abschrift von Protokollen und Kassenauszügen verschafft, zu denen er während seiner Tätigkeit als Geschäftsführer gelangen konnte. Ferner hat er angekündigt, in den nächsten Wochen eine Broschüre herauszugeben, um die angebliche Korruption im Plauener Partei- und Gewerkschaftsleben bloßzulegen. Die Versammlung endete mit einem kläglichen Fiasko für die Arrangeure. Vertretern der freien Organisation hatte man nicht das Wort erteilt, wohl aber dem Führer der Leipziger Wiesentaler. Darüber hatte sich der Versammlungsbesucher eine solchen Erregung bemächtigt, daß sie schließlich in eine solenne Keilerei ausartete.

Beilage zum Tabak-Arbeiter

Nr. 36 — Sonntag, den 8. September — 1912.

Für den Völkerfrieden.

Englische Arbeitervertreter fanden sich mit Berliner Genossen im Gewerkschaftshaus in Berlin zu einer Begrüßungsfeier zusammen, bei der die Solidarität der Arbeiter aller Länder eine neue Bekräftigung fand und die Propaganda für den Völkerfrieden gefördert wurde.

Genosse Scheidemann hieß im Namen des sozialdemokratischen Parteivorstandes die englischen Besucher willkommen. Er erinnerte an die Tatsache, daß schon einmal die englischen Genossen im Unterhause und unsere deutschen Abgeordneten im Reichstag durch Einbringung von Resolutionen sich um die friedliche Verständigung zwischen den beiden Ländern bemüht hatten. Unter großem Beifall der englischen und deutschen Teilnehmer der Feier betonte Scheidemann, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht aufhören werde — soweit es in ihrer Macht liege — den Frieden unter den Völkern zu fördern. Für die große Masse des deutschen Volkes liege keine Veranlassung vor, feindliche Gesinnung gegen das britische Volk zu hegen, mit dem so zahlreiche Interessen uns verbänden. Diese Ueberzeugung dürften die englischen Genossen mit nach Hause nehmen, in diesem Sinne möchten sie Grüße von den deutschen Sozialdemokraten an die englischen Freunde übermitteln.

Es handelte sich diesmal um Mitglieder der „Independent Labour Party" (Unabhängige Arbeiterpartei) und zwar von der Ortsgruppe Bradford, die Berlin einen Besuch abstatteten. Sie alle sind auch gewerkschaftlich organisiert. Die englischen Gäste hatten die Zentrale des Berliner Konsumvereins besucht, die „Vorwärts"-Druckerei, Redaktion, Parteiarchiv, die Bureaus des Parteivorstandes und einiger Gewerkschaften sich angesehen. Neben Potsdam hatten sie auch die Stätten des Elends, die Berliner Nachtasyle besucht, also auch die Kehrseite großstädtischen Glanzes kennen gelernt.

Genosse Barber, Sekretär des Gewerkschaftskartells von Bradford, drückte seine Freude aus über den herzlichen Empfang, den er und seine Begleiter gefunden. Sie hätten viel gesehen und gelernt. Bewundernswert sei die vorzügliche Organisation der deutschen Partei und der machtvoll aufstrebenden Gewerkschaften. Sie in England werden bestrebt sein, den Deutschen nachzueifern, eine so gute, kraftvolle Parteiorganisation würden sie aber sobald noch nicht schaffen können. Im übrigen finden seine Ausführungen ihren Ausdruck in den beiden nachstehenden Resolutionen, die er im Auftrag seiner englischen Freunde und Genossen unterbreitet:

Grüße an die deutschen Genossen!

„Die Mitglieder der Bradforder Organisation der Unabhängigen Arbeiterpartei, durch die englische Arbeiterpartei der großen internationalen sozialistischen Bewegung angeschlossen, sendet den deutschen Sozialdemokraten den Ausdruck innigster Gefühle der Gemeinschaft, der Zuneigung und Freundschaft.

Wir sehen mit Freude der Zeit entgegen, da die gemeinsame Bewegung der Sozialisten von Großbritannien und Deutschland, wie der übrigen Länder des Festlandes eine solche Macht erlangt haben wird, daß Kriege zur Unmöglichkeit werden, und versprechen, mit den deutschen Sozialisten zusammen alles zu tun, um dieses schöne Endziel zu erreichen.

A. Sutton, Sekretär.

Die zweite Resolution lautet:

„Das Gewerkschaftskartell des Bezirks Bradford, in Vertretung von 24 000 Gewerkschaftsangehörigen der Stadt Bradford sendet unseren Gewerkschaftskollegen und Parteigenossen in Deutschland herzliche brüderliche Grüße mit dem Ausdruck ihrer innigsten Gefühle der Freundschaft und der Solidarität. Wir sehen der Zeit entgegen, wo die Arbeiter Groß-Britanniens und Deutschlands in wahrer Verbrüderung zusammengeschweißt sind und solche Macht besitzen, um jede Kriegsgefahr zu beseitigen. Wir werden zu allen Zeiten gewillt sein, uns mit unseren deutschen Genossen zu verbinden, um alle die Bewegungen, die als ihr Ziel die Förderung des Krieges haben, niederzuringen.

W. Barber, Sekretär des Gewerkschaftskartells."

Neber dem Genossen Ernst, der in humorvoller Weise den Abend eingeleitet hatte, sprach noch der Genosse Legien als Vertreter der deutschen Gewerkschaften und für die Frauen die Genossin Zietz. Der Genosse Cahen, Redakteur der Newyorker jüdisch-sozialistischen Zeitung „Vorwärts", der zufällig in Berlin anwesend ist, beteiligte sich ebenfalls an der Feier. Genosse Legien hatte vor allem die Notwendigkeit betont, daß die politische und wirtschaftliche Arbeiterbewegung in gegenseitiger Verständigung nebeneinander wirke.

So klang auch diese Zusammenkunft von Arbeitervertretern der beiden großen Kulturländer aus in eine entschiedene Absage an den Krieg und die Völkerverhetzung; es war eine Demonstration für die Solidarität der Arbeiterklasse, für den Frieden unter den Nationen.

Einigungsamt im Kanton Zürich.

Eine gesetzgeberische Frucht hat der Züricher Generalstreik vom 12. Juli bereits gezeitigt, nämlich die endliche Fertigstellung des von der Kantonsregierung schon im Jahre 1906 für die „nächste Zeit" in Aussicht gestellten Gesetzentwurfes für die Schaffung eines kantonalen Einigungsamtes. Auch damals waren große wirtschaftliche Kämpfe in der Umgebung der Stadt Zürich (Albisrieden) der regierungsrätlichen „Verheißung" vorausgegangen, deren Erfüllung nun volle sechs Jahre gedauert hat.

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht insofern obligatorische Einigungsämter vor, als er den Erscheinungs- und Verhandlungszwang statuiert, aber auch den Amtszwang zur Annahme der Wahl in das Einigungsamt, und zwar bei Strafen von 5 bis 200 Franken.

Als zu schlichtende Kollektivstreitigkeit wird jeder Konflikt angesehen, an dem ein Betriebsinhaber und mindestens zehn in einem solchen Betriebe beschäftigte Arbeiter beteiligt sind. Im „öffentlichen Interesse" kann die Regierung die Durchführung des Einigungsverfahrens auch dann anordnen, wenn an dem Konflikt weniger als zehn Arbeiter beteiligt sind. In Konsequenz der Fiktion, daß die Arbeiter der öffentlichen Betriebe kein Streikrecht haben, werden die Betriebe des Bundes, der Kantone und der Gemeinden von der Anwendbarkeit des Gesetzes ausdrücklich ausgenommen.

Das Einigungsamt hat zunächst zu versuchen, eine Verständigung der Parteien herbeizuführen, und wenn dies nicht gelingt, auf Verlangen beider Parteien einen verbindlichen Schiedsspruch zu fällen. In besonders wichtigen Fällen kann der Regierungsrat „im Interesse der öffentlichen Aufklärung" einen Entscheid des Einigungsamtes auch dann verlangen, wenn keine Partei sich einem Schiedsspruch unterwerfen will. Vor Einleitung des Verfahrens vor dem Einigungsamt und während der Dauer des Verfahrens ist die Anwendung von Kampfmitteln, wie Streik, Sperre und Streikpostenstehen, Aussperrung, schwarze Listen und Anwerbung von Arbeitswilligen verboten.

Das Einigungsamt besteht aus einem Vorstand von drei Mitgliedern, der erforderlichen Zahl von Fachbeisitzern und dem Sekretariat. Für diese Aemter sind nur Schweizer Bürger und Bürgerinnen wählbar. Die Fachbeisitzer, deren Gesamtzahl nicht unter 60 betragen soll, wovon je die Hälfte Arbeiter und Unternehmer bezw. Personen, die als solche tätig waren, werden auf Vorschlag der kantonalen Gewerbekommission von der Regierung auf eine dreijährige Amtsdauer gewählt.

Beim Eintritt von Streitigkeiten im Sinne des Gesetzes haben die Beteiligten oder deren Vertreter dem Vorstand des Einigungsamtes schriftliche Anzeige zu erstatten, wenn private Verständigungsversuche nicht innerhalb zehn Tage zu einer Einigung geführt haben. Die Anzeige hat sofort zu erfolgen im Falle kollektiver Arbeitsniederlegung oder Sperreverhängung über ein oder mehrere Geschäfte, ebenso im Falle der Aussperrung. Zur Anzeige von ausgebrochenen Kollektivstreitigkeiten ist auch der Gemeinderat des betreffenden Ortes verpflichtet. Hierauf hat der Vorsitzende des Einigungsamtes die Parteien unter Ansetzung einer kurzen Frist zur Wahl einer Delegation von zwei bis fünf Vertretern, die mit den nötigen Vollmachten und Instruktionen versehen sind, aufzufordern. Zulässig ist auch die Zuziehung leitender Personen von beteiligten Berufsverbänden.

Schiedssprüche, die auf Verlangen beider Parteien gefällt werden, sind für diese verbindlich. Das Einigungsamt hat die Erfüllung der durch den Schiedsspruch auferlegten Verpflichtungen durch Personal- oder Realkaution zu sichern. Einigungsamtliche Entscheide, die von den Parteien anerkannt werden, haben die Kraft eines Schiedsspruches. Während der Gültigkeitsdauer eines von beiden Parteien anerkannten Vergleichs oder Schiedsspruches ist die Anwendung von Kampfmitteln verboten.

Die Uebertretung der Vorschrift, daß vor Einleitung des Verfahrens vor dem Einigungsamt und während der Dauer des Verfahrens keine der üblichen Kampfmittel angewandt werden dürfen, wird mit Gefängnis bis zu einem Monat, womit Geldstrafe bis zu 200 Franken zu verbinden ist, bestraft, in geringfügigen Fällen nur mit Geldstrafe.

Der Züricher Kantonsregierung ist es also mit ihrem Einigungsamt zur möglichsten Verhütung von offenen wirtschaftlichen Kämpfen furchtbar Ernst, was zeigt, wie stark ihr der Generalstreik auf die Nerven gefallen ist. Aber noch hat sie ihren Gesetzentwurf nicht unter Dach. Er kann von den bürgerlichen Parteien schon im Kantonsrat abgelehnt oder in der folgenden Volksabstimmung verworfen werden. Was die Unternehmer wollen, das ist das absolute und glatte Streikpostenverbot und daneben volle Bewegungsfreiheit für sich, die ihnen auch gestattet, jede Unterhandlung mit den Arbeitern direkt oder im Betriebe einfach selbstherrlich zu diktieren.

Tabakmonopol und Arbeiter.

Die Monopolisierung der Tabakindustrie durch den Staat dient nur dem Fiskus, nicht den Arbeitern der Tabakindustrie, die staatlich ebenso ausgebeutet werden, wie durch das Privatkapital. Das stellt wieder einmal unser österreichisches Bruderorgan „Der Tabakarbeiter" fest.

Bekanntlich hat die österreichische Regieverwaltung die Preise verschiedener Tabakprodukte stark erhöht, um noch höhere finanzielle Erträge aus dem konsumierenden Publikum herauszupressen. Zwar ging der Konsum ziemlich stark zurück infolge der Preiserhöhung, aber trotzdem stieg der Gewinn aus den abgesetzten Waren. Wie der „Tabakarbeiter" ausrechnet, beträgt der Gewinn auf das Vorjahr — wo die Preiserhöhung nur sechs Monate in Kraft war — 13 Millionen Kronen, denn zirka 11 Millionen Kronen betrug bisher die reguläre jährliche Steigerung aus dem Tabak infolge Bevölkerungs- resp. Konsumzunahme. Immerhin ist die Mehreinnahme, die sich noch steigern wird, eine starke.

Wird aber etwa daran gedacht, aus dieser Mehreinnahme die bescheidenen Forderungen der Arbeiter zu berücksichtigen? Unser Bruderorgan sagt dazu, daß „die Tabakregie sehr gut in der Lage wäre, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen." Dann fährt es aber fort:

Was finden wir aber?

Auch an den Arbeitslöhnen hat die Generaldirektion Ersparnisse gemacht. Wie hoch dieselben sind, werden erst die statistischen Mitteilungen, die am Ende des Jahres erscheinen, berichten. Der Tabakregie geht es sehr gut, doch die Tabakarbeiter, die doch zu diesem günstigen Ergebnis das meiste beigetragen haben, spüren nichts davon.

Damit ist auch die große Lüge jener Leute widerlegt, die den Staatsarbeitern einreden wollten, daß man ihre Wünsche nicht erfüllen könne, weil die Mittel fehlen. Dasselbe günstige Ergebnis ist auch bei den Eisenbahnen eingetreten. Was hat das christlichsoziale Fachblatt der Tabakarbeiter zu den berechtigten Forderungen geschrieben? Die Sozialdemokraten machen der Regierung Schwierigkeiten!

Für das Jahr 1913 wurde in der Generaldirektion ein vollständiges Investationsprogramm für die technische Ausgestaltung der Tabakfabriken zusammengestellt. Einem berechtigten Wunsche der Raucher wird Rechnung getragen und die Kleinpackung allgemein durchgeführt, da sie sich bei den Prinzessaszigaretten und bei den Britanikas, Trabukkos und Regalitas sehr gut bewährt hat. Um nun diese Reform durchführen zu können, sollen Maschinen eingestellt werden, um Arbeitskräfte zu sparen, zugleich sollen die Fabriken so weit technisch ausgestaltet werden, damit die Fabrikation dem Konsum genügen kann, wenn derselbe steigt, ohne die Zahl der Beschäftigen zu vermehren. Ganz stolz kann die Generaldirektion erklären: Der heutige Stand der Technik würde es ermöglichen, durch die Aufstellung von Maschinen viele Arbeitskräfte zu ersparen, nur aus sozialpolitischen Rücksichten wird die Ausgestaltung der Fabriken mit Arbeitskräfte sparenden Maschinen langsam durchgeführt. Folgende Maschinen sollen neu aufgestellt werden:

Zigarrenspinnmaschinen, Perfekto-Zigarrenwickelmaschinen samt Puppenformen, Wickelpressen, Zerreißmaschinen, Universal-Zigarettenmaschinen, Zigarettenentleerungsmaschinen, Zigarettenpackmaschinen, Druckmaschinen, Rauchtabakpackmaschinen, Dämpfungsanlagen, Dampfrösten, Sieb- und Kühlmaschinen, Schnupftabakmühlen und Tabakextragewinnungsanlage sowie Ersatzteile für diese Maschinen. Dafür gedenkt man mehr als 1¼ Millionen Kronen zu investieren.

Die Durchführung dieser Reform ist so gedacht, daß man vorläufig nur damit rechnet, den steigenden Konsum zu befriedigen, ohne die Arbeiterzahl zu vermehren und einen kleinen Teil der Handarbeit zu beseitigen, doch wird in den nächsten Jahren die Investition weiter durchgeführt, um die Handarbeit, soweit es eben geht, ganz zu beseitigen.

Und die Arbeiter?

Bald, sehr bald wird die ganze Verlogenheit der Christlichsozialen offenkundig sein und ihre schwindelhafte Resolution auch den rückständigsten Tabakarbeitern offenkundig werden, nur dürfte dann alles Jammern und Schimpfen zu spät sein.

Wir wollen heute auf die Arbeiterfragen nicht eingehen, noch ist die Zeit der Urlaube der leitenden Beamten der Tabakregie nicht vorüber. Wenn man aber der Meinung sein sollte, daß man die Forderungen der Tabakarbeiter einfach ignorieren kann, würde das eine Täuschung sein, noch hoffen wir, daß man die Berechtigung der Forderungen und die Möglichkeit der Bewilligung einsehen wird.

Die wenigen Mitteilungen werden genügen, um der Tabakarbeiterschaft den Ernst der Situation zu zeigen, sie beweisen, wie notwendig der Ausbau der Organisation ist, damit sie den an sie herantretenden Fragen gerüstet gegenübertritt. Es wäre verkehrt, über die Aufstellung der Maschinen zu jammern oder sich einzubilden, daß sich die Aufstellung der Maschinen verhindern läßt. Durch die Aufstellung der Maschinen darf der Lohn nicht gedrückt werden, wie es bis jetzt tatsächlich geschehen ist und wodurch die Arbeiterschaft, aber auch die Fabrikation, geschädigt wurden. Ebenso wurde das Lohnschema dazu benützt, um die Leistung zu erhöhen, ohne daß zugleich auch der Lohn steigt. Das sind die Fragen, denen die vollste Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Dieses Investitionsprogramm gibt der Generaldirektion die Möglichkeit, die im Memorandum niedergelegten Forderungen der Arbeiterschaft zu bewilligen.

Wir verstehen es nun, warum in einzelnen Fabriken von bestimmten Beamten so fieberhaft die Organisation bekämpft wird, was, nebenbei bemerkt, noch einen anderen Grund hat, der uns sehr gut bekannt ist. Vorläufig muß die Arbeiterschaft kühles Blut bewahren und ihre ganze Kraft dem Ausbau der Organisation widmen.

Wir haben schon schwerere Probleme gelöst und wenn die organisierte Tabakarbeiterschaft ihre Pflicht erfüllt, werden auch diese Fragen gelöst werden."

Man sieht also, daß der Staat nicht anders handelt, wie das Privatkapital und daß das Gerede von der Fürsorge des Staates für seine Arbeiter eitel Schwindel ist. Für die Arbeiter ist es gleich, ob sie staatskapitalistisch geschmort oder privatkapitalistisch gebraten werden.

Mitteilungen aus dem Beruf.

Die geprellten Tabakbauern. Als die gurgelabschneiderische Tabaksteuererhöhung im Jahre 1909 geplant wurde, haben ihre Befürworter alle Register gezogen, um ihre Unschädlichkeit zu beweisen. Wie dabei geschwindelt worden ist, das hat die mörderische Wirkung der neuen Tabaksteuer bis heute zur Genüge gezeigt. Am dicksten

sind aber die deutschen Tabakbauern von den Agitatoren für die Tabaksteuer hereingelegt worden. Man hatte ihnen vorgeschwafelt, daß höhere Tabakzölle dem Tabakbau im Inlande höhere Preise sichern würden. Das Umgekehrte ist eingetreten.

Wie die Süddeutsche Tabakzeitung schreibt, ist der Rückgang im deutschen Tabakbau eine Folge des Tabakwertzolles; das geht zur Gewißheit aus folgendem hervor.

„Der Rückgang, den seit 1909, das ist seit der Einführung des Wertzolles auf ausländischen Rohtabak, die Einnahmen aus der Tabaksteuer — also aus der Steuer von deutschem Rohtabak — aufweisen, setzt sich im laufenden Jahre fort: in den Monaten April bis Juli dieses Jahres wurden nur 3 097 000 ℳ vereinnahmt gegen 3 403 000 ℳ gleichzeitig im Jahre 1911. Seit 1909 wird deutscher Rohtabak in der Tabak- und Zigarrenindustrie von Jahr zu Jahr in immer geringerem Umfange verwendet und dementsprechend vermindert sich schließlich auch der einheimische Tabakbau. An Stelle des deutschen Rohtabaks scheint in der Zigarrenfabrikation mehr und mehr billiger ausländischer Rohtabak (Domingo usw.) zu treten, der durch den Wertzoll nur wenig belastet wird. Wenn durch den im Jahre 1909 eingeführten 40prozentigen Wertzoll auf ausländischen Rohtabak dem inländischen Tabakbau ein höherer Schutz gewährt werden sollte, so ist inzwischen genau das Gegenteil von dem erreicht worden, was die Väter des Wertzolls bezweckt haben. Der einheimische Rohtabak hat heute unter einer viel schärferen Konkurrenz des ausländischen Gewächses zu leiden als vor 1909 und die Folge hiervon wird wahrscheinlich ein anhaltender Rückgang des Tabakbaues in Deutschland sein."

Das haben die deutschen Tabakbauern, speziell die badischen, den Reichstagsabgeordneten zu danken, die für die höhere Tabaksteuer Propaganda gemacht und für sie im Reichstage gestimmt haben, wie der Abg. Rupp (Wahlkreis Bretten-Sinsheim) und Konsorten. Ob die Tabakbauern durch den Schaden wohl klug werden und künftig solchen „Volksvertretern den Laufpaß geben?

Zur Tabaksteuererhöhung in Schweden hat das Reichshandelsamt ein Gutachten abgegeben. Das Reichshandelsamt ist der Ansicht, daß das Monopol weitgehende wirtschaftliche Nachteile im Gefolge haben muß, in erster Linie würden die Tabakfabrikanten und Händler empfindliche Verluste erleiden, während die Kleinverkäufer von Tabakfabrikaten, denen nicht einmal eine Entschädigung zugebilligt wird, selbst ruiniert werden. Das Monopol würde also die Quelle großer Unzufriedenheit werden. Immerhin sei der Auffassung beizupflichten, daß, sofern eine Steigerung der Staatseinnahmen erforderlich sei, der Tabak ein geeignetes Mittel hierzu ist. Empfehlenswert ist gegebenenfalles eine gemischte Besteuerung in der Form der Einfuhrzölle, der Stempelabgabe und der Akzise auf Inlandtabak.

Die schwedische Regierung will eine Enquete anstellen, ob es ausführbar sei, die Tabaksteuer auf einer Wertskala für fertige Fabrikate aufzubauen.

Die Tabakausfuhr aus der Republik Domingo. Die Tabakausfuhr aus der Dominikanischen Republik hat im Jahre 1911 nach einem Bericht unseres Korrespondenten in Santo Domingo einen Wert von 1 421 424 Dollar erreicht; allein nach Deutschland gingen Sendungen im Werte von 1 367 225 Dollar. Deutschland war hiernach fast der alleinige Abnehmer, denn es erhielt nicht weniger als 96 Prozent der gesamten Ausfuhr. 40 Prozent der letzten dominikanischen Tabakernte ging an eine einzige deutsche Firma. Die geerntete Menge und ihre Beschaffenheit fielen sehr zufriedenstellend aus.

Die Tabakeinfuhr Deutschlands. Die bedeutendste Tabakeinfuhr der Erde hat Deutschland zu verzeichnen. Im vorigen Jahre wurden nämlich nicht weniger als 720 652 Doppelzentner im Werte von 124,40 Millionen Mark ins Deutsche Reich eingeführt; davon kamen in der Hauptsache 325 600 Doppelzentner aus Holländisch-Indien, 73 400 Doppelzentner aus den Vereinigten Staaten, 66 500 Doppelzentner aus der Dominikanischen Republik und etwa 42 500 Doppelzentner aus der europäischen Türkei.

England führte zwar für 94,33 Millionen Tabak ein, doch macht seine Tabakausfuhr nicht weniger als 41,68 Millionen Mark aus. Die französische Tabakeinfuhr stellte sich auf 24,65 Millionen Mark, macht also kaum den fünften Teil der Einfuhr Deutschlands aus. Interessant ist, daß Aegypten im letzten Jahre für 23,1 Millionen Mark Tabak bezog, aber nur für 7,8 Millionen Mark ausführte.

Bewegungen im Beruf.

Allen Verbandsmitgliedern, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, zur Kenntnisnahme, daß ohne Zustimmung der Bevollmächtigten das Nachfragen nach Arbeit streng untersagt ist. Kollegen, beachtet diese Anordnung.

Kristiania (Norwegen). Vom Vorstande des „Tobakarb. Forbundet i Norge" werden wir ersucht, bekannt zu geben, daß bei der Firma H. Petterois Differenzen bestehen. Wir ersuchen im besonderen die Kollegen aus der Sortiererbranche, sich nicht verleiten zu lassen, in Kristiania in Arbeit zu treten. Haltet den Zuzug streng fern.

Seesen a. H. Die Bewegung bei der Firma Weißpflog & Tischer ist mit gutem Erfolge beendet. Die Firma bewilligte eine Lohnzulage von 50 ₰ pro Mille für alle Form- und Handarbeiten und 1 ℳ pro Mille für alle Penalarbeiten.

Sprenge i. Westf. Die Firma Teschmacher & Comp. erhöhte die Löhne bei einigen Sorten um 50 und 25 ₰ pro Mille.

Enger i. Westf. (Berichtigung.) Die Firma W. Hellmann bewilligte auf alle Sorten eine Lohnzulage von 50 ₰ pro Mille und nicht, wie gemeldet wurde, auf eine Sorte 50 ₰ pro Mille.

Oetinghausen i. Westf. Die Firma Teschmacher & Comp. erhöhte die Löhne bei einigen Sorten um 50 und 25 ₰ pro Mille.

Kirchlengern i. Westf. Die Firma Steffen & Comp. erhöhte nach Vorstelligwerden der Arbeiter die Löhne nunmehr insgesamt bei 17 Sorten um 25 ₰, bei 11 Sorten um 50 ₰ und bei 2 Sorten um 1 ℳ pro Mille. Ebenso bewilligte auch die Firma Rud. Wiegmann Lohnzulagen. Diese betragen pro Mille 1,50 ℳ bei einer Sorte, 1 ℳ bei 5 Sorten, 50 ₰ bei 12 Sorten und 25 ₰ bei den übrigen Sorten.

Südlengern i. Westf. Die Firma Landwehrmann & Flake erhöhte die Löhne bei einer Sorte um 1 ℳ, bei einer Sorte um 75 ₰, bei 10 Sorten um 50 ₰ und bei einer Sorte um 25 ₰ pro Mille.

Herringhausen i. Westf. Die Arbeiter der Firma H. Speth (Hamburg) hatten wegen der aufbesserungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse und mit Rücksicht auf die Teuerung Lohnforderungen an die Firma gerichtet. Die Firma lehnte jedoch jedes Entgegenkommen ab, worauf es zur Arbeitseinstellung kam.

Pfungstadt-Griesheim. Bei der Firma M. Freund, Zigarrenfabrik, stehen die sämtlichen Arbeiter, 200 an der Zahl, im Streik. Ursache: Differenzen mit den Chefs, die die Arbeiter mit Manipulationen der erdenklichsten Art sättigen. Das Maß wurde gefüllt, als vor drei Wochen fünf langjährig beschäftigte alte Arbeiter ohne Grund nur deshalb entlassen wurden, weil sie alt geworden und nicht mehr „leistungsfähig" sein sollen. Zuzug nach Pfungstadt, Griesheim und König im Odenwald, woselbst eine Streikbrecherfiliale gegründet werden soll, ist von Tabakarbeitern aller Art fernzuhalten.

Kleinalmerode. Die Aussperrung bei der Firma P. G. Hosse Wwe. (Sitz Hanau) ist für beendet erklärt. Der Mißerfolg ist darauf zurückzuführen, weil es nicht gelang, die in den übrigen Betrieben dieser Firma beschäftigten Mitarbeiter zur Arbeitseinstellung zu bewegen.

Leipzig. Die Sortierer haben auf allen Fabriken die Kündigung eingereicht. Im Streik stehen die Kollegen von Apel & Brunner. Durch allerlei Versprechungen sucht diese Firma Arbeitswillige zu bekommen. Die Unterhandlungen schweben bei A. Latmann, Bernhalm & Schmidt. Sollten sich diese Unterhandlungen zerschlagen, dann werden auch die dort beschäftigten Kollegen die Arbeit niederlegen. Wir bitten die Bevollmächtigten an anderen Orten, ein wachsames Auge auf etwaige abreisende Kollegen zu haben. Kollegen, übt Solidarität!

Bernburg (Anhalt). Ebenso wie bei der Firma Georges & Braumann ist es auch bei der Firma H. Koch & Comp. zur Arbeitseinstellung gekommen. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

Calbe a. S. Der Streik bei den Firmen G. Nathusius (Sitz Magdeburg) und G. Schulze dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Frankenhausen a. Kyffh. Der Streik bei der Firma Rabener & Becker dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Frankfurt a. M. Die Firma Nestor & Gianclis beabsichtigte eine Fabrikordnung einzuführen, durch welche die Entlohnung nach dem Stundenlohn eingeführt werden soll und die Firma, entgegen den Bestimmungen der R. G. O., bei den Akkordarbeitern nicht für ausreichende Beschäftigung aufkommen will resp. nicht schadensersatzpflichtig gemacht sein will. Die Arbeiter lehnten die Anerkennung dieser Fabrikordnung ab, worauf die Aussperrung aller organisierten Arbeiter erfolgte. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

Werste i. Westf. Bei der Firma Caprano & Gruhn ist es zur Arbeitseinstellung gekommen. Vor Zuzug wird gewarnt.

Rheda i. Westf. Der Streik bei den Firmen H. Albrecht, C. Cosfeld, Th. Hark, Fr. Ide, H. Lewecke, H. Peters, Fr. Schulte, M. Steinweg dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Salzuflen (Lippe-Detmold). Der Streik bei der Firma Aug. Brinkmann dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Leopoldshöhe i. L. Der Streik bei der Firma C. Gröpel dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Pirna i. S. Die Firma F. W. Paßek, Inh. Georg Elsholz, lehnte die bescheidenen Forderungen der Arbeiter ab, worauf diese am 18. Juli d. J. in den Streik traten. Vor Zuzug wird gewarnt.

Striegau und Peterswaldau i. Schl. Der Streik bei der Firma Scharnke & Comp. in Striegau und Peterswaldau dauert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Schönlanke (Prov. Posen). Der Streik bei den Firmen Eckersdorf & Rosenberg, H. Grünbaum, A. Will Söhne dauert unverändert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Stuttgart-Zuffenhausen. Wie gemeldet, herrscht in der Zigarettenbranche Arbeitslosigkeit. Es wird deshalb vor Zuzug gewarnt.

Der Boykott ist ein erlaubtes Kampfmittel.

Die Reichsgerichtsentscheidung, wonach der Boykott im wirtschaftlichen Kampfe statthaft ist, kam in den letzten Jahren den Richtern anscheinend völlig aus dem Gedächtnis, wenigstens fielen die Urteile der Landgerichte und Oberlandesgerichte meist im Sinne der Scharfmacher aus. Der Boykott wurde den Gewerkschaften verboten. Dagegen flicht einmal vorteilhaft ein Urteil des Oberlandesgerichts in Naumburg ab, das diese Frage zu entscheiden hatte. Bei dem diesjährigen Streik der Bäcker in Magdeburg erwirkte die Bäcker-Zwangsinnung vom Landgericht eine einstweilige Verfügung gegen den Parteisekretär als Vorsitzenden der Kommission zur Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges, gegen den verantwortlichen Redakteur und gegen den Verleger der „Volksstimme". Den Genannten wurde bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 1500 ℳ oder einer Haftstrafe bis zu sechs Monaten für jeden Zuwiderhandlungsfall verboten, Flugblätter zu verbreiten, die die Namen derjenigen Bäckermeister enthalten, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt haben. Auf die dagegen eingelegte Berufung hat das Oberlandesgericht zu Naumburg einen Teil der Verfügung aufgehoben. In den Entscheidungsgründen heißt es:

„Der Senat geht in Uebereinstimmung mit der Judikatur des Reichsgerichtes davon aus, daß der Streik und der Boykott in den wirtschaftlichen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern an sich erlaubte Kampfmittel sind und ein Einschreiten der Gerichte zum Schutz der Angegriffenen erst dann rechtfertigen, wenn die Aufforderungen zum Streik oder zur Aussperrung mit Veröffentlichungen verbunden sind, den wirtschaftlichen Gegner in der Achtung seiner Standesgenossen oder der Konsumenten herabzusetzen oder ebensowohl die Verhetzung einzelner Volksklassen als die Erreichung wirtschaftlicher Vorteile bezwecken. Es ist nun allgemein bekannt, daß sich seit Jahren eine wirtschaftliche Bewegung zum Zwecke der Bekämpfung des Kost- und Logiszwanges, der noch in einzelnen Gewerben, insbesondere im Bäckereigewerbe, vorherrscht, entstanden und sich durchzusetzen bemüht ist. Das erstrebte Ziel ist ein erlaubtes — es zu verfolgen und seine Erreichung auch mit den Mitteln des Streiks und Boykotts zu erstreben, kann auch einer Minderheit nicht versagt werden. Es ist daher an sich nichts Unstatthaftes, wenn eine kleine Minderheit von Gesellen dieserhalb in den Streik tritt, die Namen der Meister, welche ihre Forderungen bewilligt haben, veröffentlicht und in Zeitungen und Flugblättern ihre Standesgenossen auffordert, ihnen beizutreten und vor allem das kaufende Publikum ersucht, sie dadurch zu unterstützen, daß es die nicht bewilligenden Geschäfte meidet und seinen Bedarf bei den ihnen bekannt gegebenen, der erwähnten Forderung freundlich gegenüberstehenden Meister deckt. Rechtswidrig werden die erwähnten Maßnahmen, insbesondere die gedachten Veröffentlichungen erst, wenn zu ihrer Begründung unwahre und unkontrollierbare Behauptungen — namentlich tatsächlicher Natur — aufgestellt werden, welche geeignet sind, das große Publikum, das in den wirtschaftlichen Kampf einzugreifen aufgefordert wird, irre zu führen, sein Urteil zu trüben und es so zu einem Verhalten zu verleiten, das es bei Kenntnis des wahren Sachverhalts oder wenigstens der Möglichkeit der Nachprüfung des Inhaltes der Boykottartikel und Boykottflugblätter vielleicht nicht eingeschlagen hätte . . . In der Nennung der Namen gewisser Bäckermeister und der Aufforderung, nur bei ihnen zu kaufen, konnte unter den gegebenen Umständen eine Veranlassung zu einem Verbote nicht gefunden werden."

Die Scharfmacher im Bäckergewerbe werden davon sicher nicht erbaut sein.

Christliche Berichtigungsmethode.

Zu der Berichtigung „Wehmeier-Niederbecksen" vom christlichen Tabakarbeiterverband, welche wir in letzter Nummer gebracht hatten, wird uns vom Kollegen Vahle-Herford geschrieben:

Nachdem zwei unserer Werster Mitglieder gezwungen waren, auf Grund von Mitteilungen des von Röös inspizierten „Ravensberger" — der Redaktion der „vorm. Ravensberger" eine Berichtigung einzusenden, scheint einige christliche Leiter ein gewisses Berichtigungsfieber erfaßt zu haben. Ob nun dieses Fieber — immerhin auch eine Krankheit — dazu dienen soll, sich gegenüber Angriffen wegen der neuen „Kampfestaktik"!!! des christlichen Tabakarbeiterverbandes schützen zu können, soll hier nicht untersucht werden. Berichtigungen lassen sich allerdings schon zusammenzimmern. Doch bin ich der Meinung, man soll auch mit Berichtigungen vorsichtig sein, wenigstens soll man in dem Maße Vorsicht üben, daß man sich nicht der Lächerlichkeit derjenigen Personen preisgibt, die über die eigentliche Veranlassung, welche den angeblichen Grund zur Berichtigung geben, orientiert sind. Für Wehmeier wäre es in diesem Falle auch wohl besser gewesen, er hätte die Berichtigung nicht eingeschickt, sondern hätte Betrachtungen darüber gepflogen, wie man für die Zukunft bessere Vorsicht walten läßt.

Als einer der Beteiligten der Besprechung am 21. Juni in Tengern, um welche es sich in der Berichtigung handelt, will ich kurz den Vorgang der Besprechung hier klarlegen.

Von der Gauleitung war der Ortsverwaltung Hüllhorst des Deutschen Tabakarbeiterverbandes aufgegeben, zum 21. Juni eine Besprechung der Arbeiter der Filiale der Firma Blase festzusetzen; dazu sollten sämtliche Arbeiter eingeladen werden. Den freiorganisierten Arbeitern dieser Filiale ist von der Ortsverwaltung Bescheid gegeben worden mit dem Bemerken, auch die christlich organisierten Arbeiter einzuladen. Das letztere ist geschehen. Für die Gauleitung habe ich an der Besprechung teilgenommen. Der Zweck der Besprechung sollte sein, in gemeinsamer Sitzung eine Aussprache darüber herbeizuführen, in welcher Weise es sich ermöglichen ließe, auch der Firma Blase die Wünsche ihrer Arbeiter betr. Lohnrevidierung zur Kenntnis zu bringen. Zur selben Zeit, zu welcher die Besprechung angesetzt war, waren neben unseren Mitgliedern auch die christlichen Mitglieder und auch Wehmeier erschienen. Wehmeier sondert sich jedoch mit den Christlichen sofort ab. Ich habe dann, um nochmals zu versuchen, in gemeinsamer Besprechung irgend ein Resultat herbeizuführen, zwei Kollegen ersucht, zu den christlichen Kollegen zu gehen und zu fragen, ob sie gewillt wären, mit uns gemeinsam über die Verhältnisse bei Blase, sowie über die etwaigen Wünsche der Arbeiter betr. Lohnrevidierung zu beraten. Diese Frage ist den beiden Kollegen von Wehmeier mit Nein beantwortet worden. Unter 1 behauptet nun Wehmeier, daß er in Tengern gar keine Versammlung abgehalten habe, wo es sich um Lohnbewegung bei irgend einer Firma gehandelt habe, es wäre vielmehr eine gewöhnliche Mitgliederversammlung gewesen. Wehmeier hat nun aber unseren beiden Kollegen erklärt, daß er durch einen Eilbrief gebeten worden sei, an der Versammlung teilzunehmen; er hat weiter gesagt, daß er neue Mitglieder aufnehmen wolle. Ob es nun Angst gewesen ist, daß wir eventuell diese Neuaufnahmen gemacht hätten und diese Angst schließlich den Eilbrief zur Welt gebracht hat, mag schon zutreffen. Nun meine ich aber, für Wehmeier lag doch nichts näher, und seine Pflicht war es selbstverständlich auch als Verbandsvertreter, sich über die Ursachen der Einladung durch den Eilbrief bei den Kollegen zu erkundigen. Jedenfalls wird mir Wehmeier nicht einreden können, daß er, nachdem er es abgelehnt hat, mit uns gemeinsam über Lohnbewegungen zu sprechen, noch nicht gewußt hätte, worum es sich handelte. Ich will aber auch Wehmeier noch verraten, daß sie in ihrer Besprechung, — nicht wie er unter 2 behauptet, daß dort gar keine Lohnbewegungen resp. Lohnforderungen zur Bergtung gestanden hätten — doch über Lohnrevidierung bei der Firma Blase gesprochen haben. Das ist mir, nachdem ich die Haltung Wehmeiers und damit auch die Haltung des christlichen Tabakarbeiterverbandes scharf kritisiert hatte, selbst von christlichen Mitgliedern erklärt worden. Damit fällt die „Berichtigung" Wehmeiers in sich selbst zusammen und so wird diese neue Berichtigungsmethode für uns — und das im Interesse der Tabakarbeiter — den Erfolg haben, daß die Kollegen und Kolleginnen immer mehr über das Wesen und Wirken des christlichen Tabakarbeiterverbandes Aufklärung erhalten. In dieser meiner Auffassung bin ich gestärkt worden durch die Tatsache, daß selbst christliche Mitglieder jetzt in Tengern erklärt haben, sowie der freie Verband, das heißt der Deutsche Tabakarbeiterverband, versuche, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Tabakindustrie zu verbessern, es das Richtige gewesen wäre, das habe ihnen auch die Besprechung in Tengern bewiesen. Führt so die Haltung des christlichen Tabakarbeiterverbandes bei den wahrhaft gerechten Versuchen der Tabakarbeiter, ihre schlechte Lebenslage zu verbessern, zur Selbstkritik in den eigenen Reihen des christlichen Tabakarbeiterverbandes, so mögen die Beteiligten das mit sich selbst abmachen. Für mich war jedoch die Besprechung in Tengern ein Beweis, daß der christliche Tabakarbeiterverband bei Lohnbewegungen a la christlicher Bergarbeiterverband handeln werde. In dieser Auffassung bin ich gestärkt worden durch die Vorgänge in Werste, Rheda, Eilshausen. Andere werden

Rohtabak-Angebot von **Heinrich Franck, Berlin,** siehe vierte Seite des Hauptblattes.

folgen, wie die Kollegen sich bald werden überzeugen können. Wenn aber durch solche Berichtigungsmethoden, wie sie auch jetzt von Wehmeier mitgemacht sind, immer besser die „Kampfestaktik" des christlichen Tabakarbeiterverbandes beleuchtet werden kann, so möge sich Wehmeier an zuständiger Stelle dafür bedanken.

Was die Deutsche Tabakarbeiter-Zeitung nicht zu wissen braucht.

Das Blatt will in seiner Nummer vom 30. August einen Widerspruch des Gauleiters Schlüter bei dem christlichen Streikbruch in Werste aushecken.

Anfang Juni schrieb die Volkswacht, daß in den drei Werster Fabriken etwa 200 Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten. Da nun im August 117 gekündigt haben, so knüpft daran das Blatt allerlei hämische Bemerkungen. Hätte der Schreiber sich in Werste erkundigt, so konnte er wissen, daß bei der Aussperrung mit etwa 200 Beschäftigten gerechnet worden ist, daß aber seit der Zeit über 30 aufgehört haben. Dann ist ein Teil im Sommer im nahen Bad Oeynhausen am Bade oder mit Rollstuhlfahren beschäftigt. Dann sind auch einige nahe Verwandte der Meister vorhanden. Da hat dem „christlichen" Organ seine Unkenntnis der westfälischen Verhältnisse in der Tabakindustrie mal wieder einen bösen Streich gespielt. Natürlich ein Blatt, was bloß die Aufgabe hat, zu verleumden, setzt sich über solche Kleinigkeiten hinweg. Den „Christen" ist jetzt schon die Erkenntnis gekommen, daß es ein großer Fehler war, daß bei der Aussperrung 3 „Christen" der Neunerkommission angehörten, welche alle drei absolut keine praktischen Kenntnisse von der westfälischen Tabakindustrie hatten. Wären nur 2 Westfälinger darunter gewesen, die Geschichte hätte nicht mit einem solchen Verrat der „Christen" geendet. W. Schlüter.

Berichte.

Bernburg. Zum Streik in der Zigarrenfabrik von H. Koch & Co. Wie wir bereits berichteten, haben in der genannten Fabrik gestern mittag sämtliche Zigarrenmacher, Sortierer, Kistenmacher und Wickelmacher die Arbeit eingestellt. Die Arbeitsniederlegung erfolgte mit größter Einmütigkeit, nachdem alle voraufgegangenen Verhandlungen resultatslos verlaufen waren. Die Betriebsleitung war nicht zu den geringsten Zugeständnissen zu bewegen. Der Lohn in der hiesigen Zigarrenindustrie ist wohl so ziemlich der niedrigste, der überhaupt in Bernburg gezahlt wird. Und den allerniedrigsten Lohn bezahlt gerade die Firma Koch & Co. Verschiedene Male haben die Tabakarbeiter in den anderen hiesigen Betrieben versucht, ihre Löhne den gesteigerten Lebensmittelpreisen anzupassen, doch ist ihnen dies nur sehr schwer gelungen, weil diese Fabrikanten stets darauf hinweisen konnten, daß die größte Fabrik am Orte (Koch & Co.) noch bedeutend niedrigere Löhne zahle als sie (die kleineren Fabrikanten). Die Tatsache, daß in den letzten Jahren in Bernburg die Preise für Lebensmittel und Wohnungsmieten ganz enorm gestiegen sind, während die Löhne seit etwa zwanzig Jahren dieselben geblieben sind, konnte von der Betriebsleitung nicht in Abrede gestellt werden. Es war wohl vor etwa sechs Jahren, wo die letzte bescheidene Lohnaufbesserung, die ganze 5 bis 30 ₰ pro Mille betrug, eingetreten ist. Bemerkt sei noch, daß in den letzten Jahren auch schlechteres Material verarbeitet werden mußte. Die hauptsächlichsten Forderungen, die diesmal die Arbeiter stellen, belaufen sich auf 40 ₰ bis 1,50 M pro Mille bei freier Lieferung entrippter Einlage. Nur bei einer Sorte werden 2 M mehr gefordert. Es kommen etwa 62 Sorten in Betracht. Der Minimal-Tariflohn im diesseitigen Gau des Tabakarbeiterverbandes beträgt 9 M pro Mille. Der bisher bei Koch & Co. erzielte Minimallohn beträgt aber nur 6,90 M. Auch nach Bewilligung der aufgestellten Forderungen würde der Minimallohn noch hinter dem Gautariflohn erheblich zurückbleiben. Ausdrücklich sei bemerkt, daß der von den Streikenden geforderte Lohn von anderen hiesigen Fabrikanten schon bezahlt wird. Gewiß also ein Beweis, daß es sich hier nicht um unerfüllbare Forderungen handelt. Der Streik selbst dürfte in hiesiger Stadt einiges Aufsehen erregen, da es sich um eine alteingesessene Firma handelt, bei der bis in die letzten Jahre hinein patriarchalische Verhältnisse vorherrschten. Die Arbeiter freilich haben hierbei nichts profitiert. In weiten Kreisen der übrigen Bernburger Arbeiterschaft ist schon manchesmal die Frage aufgeworfen worden, wie es nur möglich ist, daß die hiesigen Tabakarbeiter mit ihren Löhnen auskommen konnten. Es gibt wohl kaum einen ungelernten Arbeiter, der sich mit dem etwa 17 M betragenden Durchschnittslohn eines Tabakarbeiters zufrieden geben würde. Die einzige Rettung verbleibt den Zigarrenmachern in der Mitarbeit der Frau. Doch auch dieser von zwei Personen erzielte Verdienst ist immer noch ein solcher, wie er von den meisten Arbeitern in anderen Berufen allein noch höher erzielt wird. — Hoffentlich gelingt es der Einmütigkeit der Streikenden, ihre bescheidenen Forderungen durchzusetzen. Die öffentliche Meinung haben sie völlig auf ihrer Seite.

Altwasser. Zum Boykott der Produkte der Radlerschen Zigarrenfabrik. Der Boykott scheint für Herrn Radler doch bereits unangenehme Wirkungen zu haben. Wie uns berichtet wird, geht jetzt Herr Radler in die Kneipen, zahlt den Arbeitern ein Bier und bietet hinterher seine Zigarren an. Das ist an sich natürlich nichts Schlimmes, ist aber die Konsequenz des Herrenstandpunktes, den Herr Radler vertritt. Welcher organisierte Arbeiter wird auch von einem Unternehmer Zigarren kaufen, der selbst keine organisierten Arbeiter beschäftigen will. Das sollte denn auch Herr Radler einsehen. Hoffentlich erklärt sich die Firma bald zu Unterhandlungen mit dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband bereit, um den Frieden zwischen ihr und der Arbeiterschaft wieder herzustellen. Bis dahin aber heißt es für alle denkenden Arbeiter: „Einig müßt ihr sein und bleiben!"

Striegau. Regierungsbeamte und Tabakarbeiter. Unsere Fabrikanten sind gewiß wenig geneigt, in Lohn- und Arbeitsverhältnissen mit sich reden zu lassen, schlimmer aber noch sieht es für die Arbeiter eines Betriebes aus, wenn die Inhaber kein direktes Interesse an dem Zusammenarbeiten mit ihrem Personal zu haben brauchen. Das haben wir bei der Firma Scharnke & Co. in Striegau und Peterswaldau zur Genüge erfahren. Diese Betriebe sind durch Erbschaft unter die „Herrschaft" eines Oberregierungsrates Galleiske und eines Senatspräsidenten Hübner, beide in Posen, gekommen. Die Herren sind natürlich keine Praktiker in unserer Industrie und deshalb nicht in der Lage, zu begreifen, wo die Tabakarbeiter der Schuh drückt. Sie stellen Beamte an und diese haben bei guter Bezahlung dafür Sorge zu tragen, daß nun möglichst viel herausgewirtschaftet wird. Wie ungünstig ein solcher Zustand auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kolleginnen und Kollegen wirkt, soll in folgendem dargestellt werden. Auch die Inhaber der Firma Scharnke & Co. setzten einen Geschäftsführer ein, dem die Leitung der Betriebe obliegt. Waren nun die Arbeitsverhältnisse bei den früheren Geschäftsführern noch leidlich, so wurden sie geradezu unerträglich, als der jetzige Geschäftsführer, Herr Bienert, die Leitung der Scharnkeschen Betriebe übernahm. Die Materialverhältnisse wurden für die Arbeiter immer ungünstiger. Deckblatt wurde geliefert, daß die Roller bis 40 vom Hundert flicken mußten. Daß unter solchen Umständen der Verdienst geringer wurde, ist erklärlich. Doch damit nicht genug. Herr Bienert und seine Meister verlangten auch, daß dieses miserable Zeug von Deckblatt besonders rationell verarbeitet wurde. Wer nach Meinung des Meisters Hintze zuviel verbraucht hatte, dem wurden am Sonnabend von dem ohnehin geringen Verdienst noch 25 bis 50 ₰ Strafe abgezogen. Um nun nicht Strafe zahlen zu müssen, waren alle bemüht, soviel als irgend möglich herauszuarbeiten und es wurden aus 3 bis 4 Stücken Zigarren gemacht. Dabei wurde eine saubere Arbeit verlangt und besonders auf die Gestückten hatte Herr Bienert ein wachsames Auge, damit sie auch hübsch farbenrein gestückt wurden. Hatte also der Roller jedes Stückchen verarbeitet, um sich vor Strafe zu sichern, so waren gewiß unter den vielen Gestückten eine Anzahl, die in der Farbe nicht genau paßten und die Meister Hintze einfach mit dem Messer aufschnitt. Der Roller hatte also die Arbeit umsonst gemacht und mußte die vom Meister zerschnittene Decke, die ihm dann fehlte, obendrein noch in Form von Strafe bezahlen. Noch schlimmer aber ging es den Wickelmacherinnen. Diese erhielten ein bestimmtes Quantum Umblatt, das bei normaler Arbeit nicht bis zum Abend reichte. Hatten also die Wickelmacherinnen dieses verarbeitet und nach Meinung des Meisters Hintze nicht genug herausgearbeitet, so sagte Hintze einfach: „Nicht ein Blatt gibts mehr, ich werds euch zeigen, daß ihr mehr rausmacht." Die Betreffenden mußten nach Hause gehen, obwohl es manchmal erst 4 Uhr war. Mit der Hungerpeitsche zwang man diese Kolleginnen, fast Unmögliches zu leisten. Seit einem Jahre schon wurden die Arbeiter wiederholt bei Herrn Bienert vorstellig und baten um besseres Material. Doch ohne Erfolg. „Ihr müßt modern arbeiten", sagte Herr Bienert. Immer und immer wieder versuchten die Arbeiter, durch Vorstelligwerden eine Besserung ihrer Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Umsonst, es wurde eher noch schlimmer. So sahen sich denn die Arbeiter gezwungen, als Ausgleich für den durch die geschilderten Verhältnisse entstehenden erheblichen Lohnausfall um eine Lohnerhöhung nachzusuchen. Bei dem ablehnenden Verhalten der Firma blieb jedoch nichts anderes übrig, als zum letzten Mittel, zur Arbeitsniederlegung, zu greifen. Daß eine glänzende Einigkeit unter den Arbeitern besteht, ist dem Auftreten des Herrn Bienert zu danken. Nach vergeblichen Einigungsversuchen mit der Geschäftsleitung wandte man sich an die Firmeninhaber. Der Erfolg war „einige väterliche Ermahnungen", von denen die Arbeiter leider nicht satt wurden. Was nützen uns Versicherungen wie: „Uns liegt das Wohl aller unserer Angestellten und Mitarbeiter warm am Herzen". Wir sind der Meinung, daß Wohlwollen sich durch Taten ausdrücken muß. Wir haben es der Firma durch unsere bescheidenen Forderungen doch wirklich leicht gemacht, Wohlwollen zu zeigen. Die Firma erkennt selbst an, daß die Arbeiter ihr treue Dienste geleistet haben und redet davon, daß diese Treue und Anhänglichkeit immer den Firmeninhabern Stolz und Freude war, um so unverständlicher ist das Verhalten der Firma. Nach unserer Auffassung gilt es Treue durch Treue zu belohnen. Das ist leider nicht der Fall. „Wir bedauern es darum aufs tiefste, daß nun eine so große Zahl und auch Aeltere sich auf Betreiben einzelner zum Streik haben bestimmen lassen", heißt es in der uns gewordenen Antwort. Was mag sich der Schreiber dabei gedacht haben? Wenn er selber die Treue und Anhänglichkeit der Arbeiter lobt, dann hätte er sich doch die Frage vorlegen müssen: Wie kommt es, daß eine solche Wendung der Dinge eingetreten ist? Sollte die Firma bei näherer Prüfung der Sachlage nicht zu der Erkenntnis kommen, daß von einer bloßen Hetze keine Rede sein kann? Vielleicht erkundigen sich die Firmeninhaber einmal an anderer Stelle als bei Herrn Bienert über die Ursachen des Kampfes. Lächerlich ist es, von einer Machtprobe zu reden, wie es seitens der Geschäftsleitung geschehen ist. Wäre das der Fall, so hätten wir mit anderen Forderungen berechtigterweise aufwarten können und müssen. Schon die Tatsache, daß wir der Firma Verhandlungen anboten, beweist, daß es sich nicht um eine sogenannte Machtprobe handelt. Wir denken bei unserm geringen Verdienst gar nicht an eine Machtprobe, wie denn überhaupt unser Verband nur um die Hebung der Lebenslage seiner Mitglieder kämpft. Aus allen diesen Gründen werden wir auch fernerhin so fest stehen und zusammenhalten wie bisher.

Herford, den 1. September 1912. Zu der Berichtigung des „christlichen" Bezirksleiters Röös in Nr. 35 des Tabak-Arbeiter habe folgendes zu bemerken: Auf den Zuruf in der Versammlung in Werste: „Ihr habt ja gar kein Geld!" erwiderte Röös: „Nicht des Geldes wegen, nicht der Taktik halber, sondern aus Prinzip machen wir den Kampf nicht mit. Zwischen uns und dem Deutschen Tabakarbeiterverband ist eine Scheidewand aufgerichtet."

Ich habe mir die Worte Röös sofort notiert.

Da sich die Ausführungen im Tabak-Arbeiter genau mit den von Röös gesagten decken, so weiß man kaum, was Röös mit seiner Berichtigung bezweckt.

Sollten seine „christlichen" Kollegen ihm aufs Dach gestiegen sein und er jetzt das Prinzip des Streikbruchs verleugnen? Fürwahr, dann wäre das große Wort, welches er in Werste redete, nur Prahlerei gewesen. Oder sollte die Berichtigung nur den Zweck haben, Stoff zu einem Artikel im „Ravensberger" oder in der Deutschen Tabakzeitung zu liefern. W. Schlüter.

Pfungstadt, Griesheim. Dauernde Differenzen zwischen den Arbeitern und ihren Chefs, die Manipulationen vornahmen, die die Arbeiter aufs tiefste empören mußten, veranlaßten die Arbeiter der Firma Freund, in mehreren gut besuchten Versammlungen Stellung zu all den Fragen zu nehmen. Die Arbeiter dieser Firma sind es gewohnt, daß in der Zeit des geschäftlichen Hochganges alle erdenklichsten Versprechungen gemacht werden, die aber nicht nur nicht gehalten werden, sondern sich in das bittere Gegenteil umsetzen, sobald ein nur mäßiger Geschäftsgang einsetzt. Diesmal aber zeigte sich diese Erscheinung in einer Form, die auch den mit einer Eselsgeduld Behafteten in Erregung trieb und zu der Erklärung zwang: „Bis hierher und nicht weiter".

Es war im letzten Frühjahre, als die Firma von dem Arbeitsnachweis der Arbeiterorganisation wiederholt Zigarrenmacher auf Hand und Penal verlangte. Diesem Verlangen wurde in weitgehendstem Maße Rechnung getragen, trotz der früheren trüben Erfahrungen, und der Firma Arbeiter zugewiesen in einer Zahl, die dem Verbande schon mehr als 300 M nur an Fahrgeldern kostete. Auf damals an die Geschäftsleitung seitens eines Arbeiterausschußmitgliedes gerichtete Frage, ob nicht wieder später Entlassungen folgen würden, erklärte Freund bestimmt, daß daran gar nicht zu denken sei. Vor ungefähr 8 bis 10 Wochen gründete jedoch Freund in König im Odenwald eine neue Filiale. Dagegen hatten die Arbeiter nicht im geringsten etwas einzuwenden, dachten sie doch, das dies, da dort nur Penalarbeit gemacht wird, eine notwendige Erweiterung des Betriebes sei. Die Sache hatte aber einen anderen Haken. Den Arbeitern in König wurde direkt verboten, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen, indem Freund erklärte, den Betrieb daselbst zu schließen, wenn sie sich dem Verbande anschließen oder nur mit dem Arbeiterausschuß seiner Betriebe in Pfungstadt und Griesheim in Verbindung treten würden. Diese Arbeiter, deren Arbeit von Herrn Freund schon über den Schellenkönig gelobt wurde als Kontrast zur Pfungstädter und Griesheimer Arbeit, ehe sie nur bei ihm in Arbeit standen, erhalten für dieselbe Arbeit, ehe sie nur bei ihm in Arbeit standen, erhalten für dieselbe Arbeiter 2,50 M pro Mille weniger als in den Stammfabriken.

Nun kam, was allen früheren „Humanitäten und Wohlgefälligkeiten" von der Freundschen Seite die Krone aufsetzte: In Pfungstadt wurde im Gegensatz zu früher, wo immer mit dem Arbeiterausschuß Rücksprache genommen wurde, plötzlich mitten in der Woche die Arbeitszeit um zwei Stunden pro Tag gekürzt und in Griesheim erhielten fünf Arbeiter gekündigt. Als Grund im ersten Falle gab Freund auf Befragen an, daß das Geschäft so schlecht ginge, und im zweiten Falle, daß die Arbeiter die Arbeit nicht mehr leisten könnten, die er gebrauche. Im letzten Falle kommen ausschließlich alte Arbeiter in Frage, darunter solche, die seit der Betriebsgründung, 16 Jahre, ununterbrochen zur Zufriedenheit bei Freund in Arbeit standen und nun alt geworden sind und deshalb entlassen werden. Diese können nun, wie sein durch seine Liebkosungen mit jungen Mädchen so berühmt gewordener Meister Grosse sagt, einen Strick nehmen und sich aufhängen. Also Arbeitszeitverkürzungen trotz Betriebserneuerungen, und Entlassungen, angeblich weil die Arbeiter für bessere Arbeiten nicht mehr genügen und geringere Ware nicht verlangt würde, welchem Vorgeben aber entgegensteht, daß größere Quanten geringerer Ware von anderen Firmen bezogen wurden.

Diese Vorgänge, verbunden mit Schikanen gröbster Art, zwangen die Arbeiter, an die Firma folgende Forderungen zu stellen: 1. Wiedereinstellung der gekündigten Arbeiter; 2. einheitliche Regelung der Arbeitszeit in allen Betrieben; 3. Gewährung des Koalitionsrechtes für die Arbeiter der Fabrik in König; 4. Auskunft über die Gestaltung des Betriebes in Pfungstadt nach dem 1. Januar; 5. Erhöhung der Löhne: a) der Taglöhner und Taglöhnerinnen, b) der Einlagripper. Die vierte Forderung wurde deshalb gestellt, weil die gegenwärtigen räumlichen Verhältnisse des Pfungstädter Betriebes nach der neuen Betriebsordnung für Zigarrenfabriken nach dem 1. Januar 1913 für die jetzt beschäftigte Arbeiterzahl nicht mehr genügen, und falls keine baulichen Veränderungen vorgenommen werden, Entlassungen eintreten müßten. Lohnerhöhungen wollen die Arbeiter nur für zwei Kategorien, wie angeführt. Hierzu liegt alle Berechtigung vor, beträgt doch der Lohn für Deckzurichter, eine Arbeit, die etwas Uebung verlangt, pro Tag 1,60 M, ein Lohn, der 20 ₰ unter dem ortsüblichen Tagelohn steht. Der Lohn für Einlagripper, dieser Schwindsuchtsarbeit, ist fast überall doppelt so hoch. Auf diese berechtigte Eingabe, die die minimalsten Forderungen enthielt, ging eine glatt verneinende, geradezu provozierende Antwort ein, die zur Folge hatte, daß die Arbeiter einstimmig beschlossen, zu kündigen, was am verflossenen Samstag auch geschah. Wenn also Herr Freund glaubt, mit seinen Arbeitern Schindluder treiben zu dürfen, wird ihm das Resultat wohl gezeigt haben, daß er auf dem Holzwege ist. Niemals, trotz der anerkannten und bewiesenen Solidarität waren sich die Arbeiter einiger wie in den oben erwähnten Forderungen. Und dies ist ja auch begreiflich, dreht es sich doch in erster Linie darum, daß es nicht angeht, alte, ergraute Arbeiter zu entlassen, lediglich weil sie alt geworden sind und ihren jüngeren Kollegen an Intensität der Arbeitskraft nachstehen. Kommt es zum Streik, was voraussichtlich der Fall ist, so wird Herr Freund erleben, daß er gerade diejenigen Arbeiter, die er seine besten nennt, los wird und die „Alten" behalten muß. Wenn Herr Freund Kniebeuger erwartet, dann irrt er gleichfalls. Der Griesheimer Betrieb wird durch Abreise der Kollegen fast vollständig lahm gelegt und kann er ihn dann verkaufen, Liebhaber — sollen ja bekanntlich da sein.

Eines sei nun auch noch erwähnt. Bei Beschwerden irgendwelcher Art, die die Arbeiter vortrugen, konnten sie immer bei jedem zweiten Satz erfahren und hören, daß er nichts verdiene. Dem wollen wir nur folgendes entgegenhalten: Es sind jetzt zirka 20 Jahre, als Herr Freund mit 4 Arbeitern zu fabrizieren an-

Aus der Konkursmasse der Zigarrenfabrik Spielhagen in Brandenburg

kauften wir soeben ca. 3000 Wickelformen, sämtl. Arbeitstische, Formenpressen, Bündelböcke, Presskasten sowie sämtliche Rohtabakbestände

ferner: aus der Liquidation der Zigarrenfabriken

A. Collenbusch in Dresden

ca. 6000 Stück Wickelformen

in nur modernen Fassons und andere Utensilien

Wir bitten, die Verzeichnisse **sofort** einzufordern, da wir wegen Platzmangel gezwungen sind, sämtliche Waren allerschnellstens und billigst abzugeben

L. Cohn & Co.
BERLIN N.
BRUNNENSTRASSE 24
GEGRÜNDET 1870
Fernsprecher: Amt Norden 513
Telegramm-Adresse: Formencohn

Ausserdem: PERMANENTES LAGER VON CA. 40000 FORMEN NEU UND GEBRAUCHT

fing, und heute sind es über 200 Arbeiter, die er beschäftigt, und dies alles trotz dem vielerwähnten Nichtverdienst. Die Arbeiter wissen ja diese Aussage schon lange zu schätzen, aber auch die, die nicht so viel Umgang mit der Sache haben, sollen es wissen.

So wird nun bei der Firma Freund, wo seither bei Differenzen immer die Besonnenheit siegte, ein Streik ausbrechen. Aber sei es drum. Die Arbeiter befinden sich im Abwehrverhältnis, nicht übertriebene Forderungen, um mit Herrn Freund zu reden, sind die Ursache, sondern der inhumane Umgang mit den Arbeitern, die Drangsalierungen und Brüskierungen seitens der Firma. Die Gerechtigkeit hat schon immer gesiegt und werden die Arbeiter diesen ihnen aufgezwungenen Kampf aufnehmen, beseelt mit dem Gedanken, lieber ein Ende mit Schrecken als Schrecken ohne Ende.

Döbeln. Am 28. August fand unsere ordentliche Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Kartellbericht; 2. Agitation; 3. Verschiedenes. Den Kartellbericht gab Kollege Ohmigen in ausführlicher Weise. Er empfahl die vom Bildungsausschuß ausgegebenen Jahreskarten, die zum freien Eintritt bei allen Veranstaltungen, außer den Theatervorstellungen, berechtigen. In der Diskussion nahm Kollege Fanthe das Wort. Ihm schienen die Ausgaben des Gewerkschaftsfestes zu hoch. Kollegin Schilling und Kollege Menge machten auf besondere Mehrausgaben aufmerksam. Beim Punkt 2 wies unser erster Bevollmächtigter auf die Notwendigkeit der Agitation hin, die in den letzten Monaten etwas brach gelegen hatte. Um die Agitation planmäßig zu betreiben, wurde eine Kommission von sieben Kollegen gewählt. Beim Punkt Verschiedenes wurden ein paar interne Angelegenheiten erledigt. Auch wurde über die hiesige Firma Illgen Klage geführt, wo die Arbeiter bei Löhnen von 5 ℳ pro Mille bei freier Zurichtung sich noch schikanieren lassen müssen. Diese Zustände können nicht eher beseitigt werden, bis sich die Tabakarbeiter dem Deutschen Tabakarbeiterverband anschließen. Darum fort mit der Zaghaftigkeit, hinein in die Organisation.

Döbeln. Die am 14. August stattgefundene Tabakarbeiterversammlung, in der der Gauleiter Kollege Wenzel über das Heimarbeiterschutzgesetz sprach, war schwach besucht. Es bewies das wieder einmal so recht die Interesselosigkeit der Döbelner Tabakarbeiter. In einem Orte, wo 1200 Tabakarbeiter beschäftigt werden, müßte der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt sein. War es doch ein Thema, was für die hiesigen Arbeiter von großem Interesse war. Oder sind die Verhältnisse unserer Tabakarbeiter so glänzende? Die Wirklichkeit lehrt uns etwas anderes. Bei Löhnen von 6 bis 9 ℳ pro Mille ohne freie Zurichtung des Tabaks müssen sich die Tabakarbeiter die größten Schikanen gefallen lassen. Pensumarbeit und Arbeitslosigkeit wird von Woche zu Woche größer, so daß viele gezwungen sind, in anderen Städten Arbeit zu suchen, ohne sich bewußt zu sein, daß durch solche Verhältnisse die Lohndrückerei begünstigt wird. Daß unter solchen Verhältnissen und Löhnen die Wohnungsfrage zu wünschen übrig läßt, ist wohl selbstverständlich. Umsomehr hatten die Kollegen aber Ursache, über die Bestimmungen des Heimarbeiterschutzgesetzes klar zu werden. Kollege Wenzel führte aus, daß wohl das Gesetz den Unternehmern einige Pflichten auferlegt. Versprechen wir uns aber davon nicht viel, denn zum großen Teil sind die Bestimmungen ja noch nicht in Kraft, z. B. die über den Aushang der Lohntabellen, die gerade für uns Tabakarbeiter von großem Werte sind, müssen erst durch die kaiserliche Verordnung in Kraft treten. Den Fabrikanten hat das Gesetz nicht wehe getan, doch werden Bestimmungen über Beschaffenheit der Arbeitsräume den Heimarbeiterinnen ganz erhebliche Lasten bringen, die umsomehr ins Gewicht fallen, da das Gesetz eine Regelung der Lohnverhältnisse durch ein Lohnamt nicht vorsieht. Redner sprach noch über die Verbreitung der Heimarbeit und wies an krassen Beispielen die Schäden für die öffentliche Gesundheit und die Gesundheit der Heimarbeiter nach. Er erwähnte auch die in einigen Bezirken schon eingeführte Privatkontrolle. Streifte auch die Wichtigkeit des Arbeitszettels, doch sei von einer Reform, von einem durchgreifenden Schutze vieler tausender Arbeiter und Arbeiterinnen, die als Heimarbeiter tätig sind, nicht die Rede. Die Wurzel, die Grundursache aller Schäden und Gefahren der Heimindustrie sind die erschreckend niedrigen Löhne. Niemals wird die Gesetzgebung durch Verordnung uns zu höheren Löhnen verhelfen. Die Arbeiterschaft ist auch hier auf ihre Selbsthilfe angewiesen, wenn sie alle durch das Gesetz bedingten Opfer tragen muß. Nur eine starke Organisation kann einen wirklichen Schutz der Heimarbeiter erringen. Arbeiten wir in diesem Sinne, sind wir, jeder einzelne unermüdlich tätig, damit auch der Organisationsgedanke immer mehr und mehr Platz greift.

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.
Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof.
Giro-Konto: Reichsbank, Bünde. Postscheckkonto: Hannover No. 3319.
Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.
Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.
Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf **Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zollkredit.**
Spezialität in **Sumatra- und Vorstenlanden-Decktabaken.** Nur tadellos weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.
Grosses Lager in
Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.
Verlangen Sie Preisliste und Muster.
Probe-Postkolli aller Sorten auf Wunsch.
Guterhaltene Proben ausverkaufter Tabake — Durchschnittspreis
für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung . . . per Pfund **3.00** Mk. verzollt
II. Sortierung . . . per Pfund **2.50** Mk. verzollt
III. Sortierung . . . per Pfund **2.00** Mk. verzollt
von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund **1.50** Mk. verzollt
II. Sortierung per Pfund **1.30** Mk. verzollt
Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt **1.10** Mk. verzollt
Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Uebereinkunft. Jeder Versuch führt zu geregelter Verbindung. [12

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946 **Neustadtswall 36** Fernsprecher 3946
empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:
Sumatra-Decker, nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 ₰
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 ₰
Java-Decker dunkel 220 ₰, hell 260, 280, 300, 320 ₰
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 ₰
Java-Einlage 95 ₰, mit **Umbl.** 110, 120, 130 ₰
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 ₰
Brasil-Decker 175, 200, 210 ₰
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 ₰
Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400 ₰
Havanna 200, 250, 300, 400 ₰
Decker 700 ₰
Yara-Cuba 200, 220 ₰, feine Qualität
Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 ₰
Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 ₰
Domingo-Umblatt 110, 120, 130 ₰
Domingo-Einlage und **Umbl.** 100 ₰
Rio-Grande-Decker 120, 130 ₰
Einlage 110 ₰
Losgut, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 100 ₰, **beste Sorte** leicht und sehr blattig 110 ₰
Wickelformen { neu und gebraucht in allen Fassons von 50—150 ₰ / Schiffchen-Abdrücke versende gratis und franko.
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück **7.50** ℳ. **Gummi-Traganth,** allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfd. 250 ₰. **Zigarrenband** pro 50 Meter-Rolle, gelb 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 ₰. **Bastbündelband,** grau und fuchsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 ₰. [9
Preise per Pfund verzollt einschliesslich Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme

Rohtabakhandlung H. Edling, Bremen

empfiehlt folgende gute Tabake zu billigen Preisen
Sumatra-Decker à 160, 180, 190, 200, 220, 240, 250, 260, 270, 290, 300, 310, 320, 350, 360, 380, 410, 460, 500 ₰.
Java-Vorstenland-Decker à 220, 240, 260, 280, 300, 320, 350 ₰
Brasil-Decker à 190, 200, 220, 240 ₰.
Brasil-Einlage u. Umblatt à 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 ₰.
Sumatra-Umblatt, Vollblatt à 150, 160, 170, 180 ₰, Stückblatt 130, 140, 150 ₰
Java-Umblatt à 140, 150, 160, 170 ₰.
Java-Einlage u. Umblatt à 110, 120, 125, 130 ₰.
Domingo à 100, 110, 120, 130 ₰.
Carmen à 100, 110, 120, 130 ₰
Seedleaf (meist Umbl.) à 110, 115, 120 ₰
Havanna-Einlage à 180, 200, 250, 300, 400 ₰, Decker 650 ₰.
Yara-Cuba-Einlage à 150, 180, 200, 250 ₰
Mexiko-Decker à 250, 320 ₰.
Losgut à 95, 100 ₰
Gemischte Original-Tabake à 110, 120 ₰
Java (geschnitten) à 110 ₰
Preise verzollt inkl. Wertzoll per ½ Kilo.
Kredit nach Uebereinkunft. [13

Telephon 11358. **Postscheckkonto Leipzig No. 9928.**
Hermann Lehmann, Leipzig
6 Bauhofstrasse 6
empfiehlt als besonders preiswert und gut
Sumatra-Decker à 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350, 360, 410, 500 ₰
Sumatra-Umblatt à 160, 170, 180 ₰
Vorstenl.-Decker à 250, 320, 400, 500 ₰
Java-Umblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190 ₰
Java-Einlage à 120, 125 ₰
Aufarbeiter à 130, 135, 140 ₰
Felix-Decke, schneeweiß. Brand, 220 ₰
Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175 ₰
Havanna, hochfeine Einl., à 270, 350 ₰
Yara-Cuba, vorzüglich, à 260 ₰
Carmen-Umblatt à 130, 140, 145, 150 ₰
Carmen-Einlage à 115, 125 ₰
Domingo-Umblatt à 135, 145, 150 ₰
Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120 ₰
Mexiko San Andres 480, 450, 400, 140 ₰
Losgut, sehr blattig und gesund, à 120, 110 ₰
Uckermärker à 105, 110, 115 ₰
Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.
Versand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.
Man verlange neueste Preisliste. [10

W. Hermann Müller
Berlin, Magazinstr. 14
Prima Qualitäts-Umblatt „Seti"
2. Länge, sehr lieferungsfähig **1.60** ℳ. pro Pfund verzollt.
Helle Sumatra-Decke
2. Länge Vollblatt. Hervorragend in Brand und Geschmack. Pro Pfd. **3.25** ℳ verzollt.
Beordern Sie Muster!
Ferner empfehle
Utensilien zur Zigarren-Fabrikation
insbesondere: **Meine bekannte besteingeführte Wickelmaschine,** pro Stück ℳ 18, **Formenpressen,** Ia Material, von ℳ 7.75 an, **Zigarrenband,** Rolle à 50 m von 45 ₰ an, **echt engl. Amiac sec.** pro Pfund ℳ 1.75, **Tragant** von ℳ 1.50 pro Pfund an, **Tabakanfeuchter (Zerstäuber)** in unerreicht schöner Zerstäubung von 75 ₰ an, **prima Einschlage-Papier,** blau, pro Pfund 17 ₰. **Ill. Kataloge gratis und franko.**
Musterzimmer und Verkaufslager für Hamburg und Umgegend:
S. Buchthal, Hamburg, Stadthausbrücke 37.

Rohtabak-Handlung Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen.
Filiale Berlin N., Brunnenstraße 25. [25

Carl Roland
Berlin SO., Kottbuserstraße 4
Sumatra-Vollblatt, tadelloser Brand, pr. Pfund nur ℳ **2.50.**
Java-Aufarbeiter, pr. Pfund nur..... ℳ **1.30, 1.35** und **1.40.**

Hermeking & Boy
Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183
Roh-Tabak
Sumatra-Decke, sehr große Auswahl mittel- und hellfarb. **Vollblatt,** 2. und 3. Längen à 250, 300, 325, 350, 375, 400 ₰, hell ff. 600 ₰.
Vorstenlanden-Decke, 1. u. 2. Längen, dunkel, bester **Mexiko-Ersatz,** à 260 ₰, helle Kehrdecke à 300, 325, 350, 400 ₰
Java-Einlagen à 110, 115, 120, 125 ₰
Java-Aufarbeiter à 130, 135, 140, 145 ₰
Java-Umblatt à 150, 160, 170, 180. 190 ₰
grosses Vollblatt, 2. Länge, 160 ₰
Mexiko-Decke, hochfein, à 500 ₰ u. 550 ₰
Brasil à 150, 165, 185, 190. **Decke** à 350 ₰
Havanna à 350 ₰, **Cuba** à 200, 250 ₰
Domingo à 120, 135, **Umblatt** à 150, 170 ₰
Carmen à 120, **Umblatt** à 145, 155 ₰
Uckermärker Ia. 105 ₰
Losgut beste überseeische Ware à 105 ₰ m. Deckblatt-Ramponagen à 125 ₰
Sämtliche Tabake sind in Bezug auf tadellosen weißen u. flotten Brand sorgfältig durchprobiert.
Bedarfsartikel
Wickelformen, gebrauchte, gut erhaltene, ca. 1500 Stück verschiedene Fassons am Lager. Schiffchen-Abdrücke gratis und franko.
Pressen zu 12 Formen, oben u. unten verschraubt, Holzfuß- u. Holzdruckplatte in sehr starker Ausführung, 4eckige Träger, sonst 11 ℳ, **nur 10** ℳ
Presskasten zu 1000 Zigarren nur 550 ₰ zu 100 Stück 100 ₰, zu 200 Stück 200 ₰
Rollbretter 175, 200, Hirnholz 300, 450 ₰
Bündelböcke, verstellbar, nur 125 u. 225 ₰
Arbeitsmesser v. J. A. Henkels 20, 30, 35 ₰
Lack, 8 Stangen 25 und 30 ₰
Papier, blau, ca. 40 Bogen 20 ₰, rot 25 ₰
Band, 50 Meter von 60 ₰ an gebraucht, sortiert, Seide, 5 u. 6 ℳ p. Pfd.
Ringe ff. nur 20, 25 ₰, mit Porträt 45 ₰
Etiketten von 35 ₰ per 100 Stück an.
Gummi-Tragant à 250 u. 300 ₰ p. Pfd.
Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Siebe stets am Lager.
Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll. Versand unter Nachnahme mit 3% Skonto. Verlangen Sie Preisverzeichnis mit Beschreibung der Tabake.

Offeriere div. hundert Zentner
gemischte fertige Zigarreneinlage
pro Pfund **95** ₰, bei Abnahme von 100 Pfund **90.—** ℳ. Franko Zusendung. Hochfeine Mischung zu 5 ₰-Zigarren. Ill. Preisliste gratis und franko. Versand nur unter Nachnahme.
6] **Bernhard R. Müller**
Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.
Aeltestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Zigarren-Rohtabak verzollt.
Ein größeres Quantum in tadelloser Beschaffenheit, überseeische, sollen verkauft werden. [168 **billig**
Muster Nachnahme. Typen gratis.
Anfragen unter **H. B.** an dieses Blatt.

Besseres überseeisches Losgut
gesund, trocken, sehr blattig ca. 12000 Pfd. à Pfd. 35 Pfg. Ballen v. 150 u. 250 Pfd. ab Bremen. Offerten unter **C 9505** an
Herm. Wülker
Annoncen-Expedition, Bremen. [170

Ferntr. 4740 **Postscheckkonto, Amt Leipzig 700.**
Die Rohtabakhandlung
Pabst & Rinneberg
Leipzig, Thomasring 1
empfiehlt sämtliche Sorten
Rohtabake
zur Zigarrenfabrikation.
Abteilung: Klein-Verkauf.
bar verzollt einschliesslich Wertzoll. — **Versand unter Nachnahme bei 3% Abzug. — Preisliste frei!** [15

Preiswerte Tabake
Sumatra-Decker Nr. 506, 2. Länge Vollblatt, hellbraun, 220 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 556, 2. Länge Vollblatt, hell bis fahl, 260 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 504, 3. Länge Vollblatt, hell und seidig, 300 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellbrauner Qualitätstabak, 320 ₰.
Sumatra-Decker Nr. 502, 2. Länge Vollblatt, mattbrauner Qualitätstabak, 350 ₰.
Java-Decker Nr. 558, 2. Länge Vollblatt, hellfahl, 200 ₰.
Vorstenland-Decker Nr. 513, 1. Länge Vollblatt, hellbraun, 260 ₰.
Vorstenland-Decker Nr. 512, 2. Länge Vollblatt, hell, 330 ₰.
Brasil-Decker, riesschwarz, sehr günstig deckend, 240, 270 ₰.
Mexiko-Decker, dunkler Qualitätstabak, 3 Pfd. deckend, 400 ₰.
Java-Umblatt, alles Vollblatt, 140, 150, 160, 170 ₰.
Domingo-Umblatt, großblattig, trocken, 120, 135 ₰.
Carmen-Umblatt, zart, gutschmeckend, 120, 130, 140 ₰.
Seedleaf, feine Qualität, 145 ₰.
Java-Einlage 105, 110, 115 ₰.
Carmen-Einlage 105, 110 ₰.
Brasil-Einlage 135, 145, 150, 160, 170 ₰.
Losgut, allerbeste Ware, viel Umbl., 100 ₰.
Brinkmeier & Co.
Bremen, Meeren 42.

August Durlacher
Rohtabakhandlung
Mannheim II B. 7, 9.
empfiehlt alle zur Zigarrenfabrikation erforderlichen **Tabake verzollt und versteuert.** Abgelegte **Muster** und vom **Ballen.** Reelle Bedienung. Versand gegen Nachnahme. Abgabe jeden Quantums. Grosses Formenlager.

Jacob Hirsch jr., Mannheim B 1, 9.
Alle Sorten **in- u. ausländischer Tabake** zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen

Zigarrenfabriken,
welche möglichst in Groß-Berlin nicht vertreten sind, bitte ich um Einsendung einer bemusterten Offerte in der Preislage von 45—52 ℳ. Ich beabsichtige, Einrichtung eines Zigarrenversandgeschäfts.
Offerten **Berlin-Wilmersdorf, Postlagerkarte 196.** [159

Martin Piotrowiak
um deine Adresse bittet sofort
August Kiesel aus **Scharndorf,** jetzt in **Hockenheim,** Genossenschaft.

Unserer lieben Kollegin **Mimi Sandvoß** zu ihrem am 7. September stattfindenden Geburtstage eine
herzliche Gratulation.
Ihre Kolleginnen
L. D., Jh. Hgd., L. R., Hameln.

Unserm Kollegen **H. Gerkemeyer** und seiner lieben Braut **Anna Storm** zu ihrer am 6. September stattfindenden Vermählung
die herzlichsten Glückwünsche
Die Mindener Kollegen in Lübbecke:
F. Henke, H. Duffe, H. Hölkle, G. Müller, P. Ballender, H. Rüroup.

Briefkasten.

Hameln 70 ₰.

Der Textilarbeiterverband hielt am Sonntagnachmittag eine von 400 Personen besuchte Versammlung ab, die sich zu einer Kundgebung gegen die Organisationszersplitterer gestaltete. Als die Treibereien Uhligs in dieser Versammlung zum Vortrag kamen, brach unwillkürlich die Entrüstung über das Verhalten Uhligs hervor. Selbst Leute, die sich vorher in der Gefolgschaft Uhligs befunden hatten, erklärten rundweg, daß sie nunmehr alle Beziehungen mit diesem abbrechen müßten. Als ein Versammlungsteilnehmer mitteilte, daß die Tüllfabrikanten bereits Lohnreduktionen angekündigt haben, weil sie durch die Vorgänge die Arbeiterschaft nicht mehr einig wähnen, fiel es den Mitgliedern wie Schuppen von den Augen, welches verräterische Spiel man mit ihren Interessen hat treiben wollen, und welche Hintermänner es gern sähen, wenn die Selbstzerfleischung der Arbeiter weiterginge. Zu einer vernichtenden Abstrafung gestalteten sich dann die Ausführungen des Zentralvorstandsmitgliedes, Reichstagsabgeordneten Jäckel, der die erbärmliche Verräterrolle dieses Renegaten in das rechte Licht rückte. Der stürmische Beifall, der Jäckel gezollt wurde, bewies, daß die besonnenen Plauener Textilarbeiter mit solchen Elementen nichts mehr gemein haben wollen. Wenn die Unternehmer etwa glaubten, mit Hilfe eines Renegaten die Organisation zu dezimieren, so werden sie sich schwer getäuscht sehen, war doch in den letzten Wochen eine erfreuliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen.

Eine gelbe Heldentat. In der Formerei der Gummiwarenfabrik „Continental" in Hannover besteht schon seit Jahresfrist die 8½stündige Arbeitszeit. Die Arbeitsleistungen werden in Akkord ausgeführt. In letzter Zeit erfolgten Lohnabzüge, so daß es den Arbeitern schwer gemacht wurde, einen zur Beschaffung des Lebensunterhalts notwendigen Lohn zu erringen. Diese Betriebsabteilung ist stark mit Gelben durchsetzt, die für ein Vorgehen zur Erhöhung der Akkordsätze nicht zu haben waren. Da sie aber selbst unter den Abzügen zu leiden hatten, kamen sie auf einem andern Wege, der den Vorzug echt gelben Systems hat, zum Ziel. Sie ließen eine Liste zur Unterschrift zirkulieren und machten eine Eingabe an die Direktion mit dem Ersuchen, die Arbeitszeit zu verlängern, damit sie mehr verdienen könnten. Die Mitarbeiter, Nichtgelbe, machten auf die dadurch eintretenden Entlassungen aufmerksam. Der Einwand wurde von den Gelben abgetan mit dem Hinweis, daß die überflüssigen Arbeiter in andere Abteilungen kommen könnten. Als das bezweifelt wurde, erklärten einige Gelbe: Na, denn werden die Ueberschüssigen eben entlassen.

Die Direktion gab denn auch dem Ersuchen ihrer Schützlinge statt und verlängerte die Arbeitszeit auf neun Stunden. Die Folge davon war, daß von 160 beschäftigten Personen zirka 60 entlassen wurden. Gegen diese Heldentat der Gelben protestierten die Gummiarbeiter der „Continental" in einer gut besuchten Versammlung.

Bei diesem direkt reaktionären Verhalten der Gelben müssen doch schließlich jedem die Augen aufgehen. Die Direktion hätte bei 45 Prozent Dividenden, die sie zur Verteilung bringt, gewiß eine Erhöhung der Löhne bewilligen können. Bei solchem Verhalten ihrer gelben Schützlinge hat sie das natürlich nicht nötig. An diesem Schulbeispiel wird einmal in eklatanter Weise die unsoziale und kulturwidrige Wirksamkeit der Gelben bewiesen: Verlängerung der Arbeitszeit in einem die Gesundheit schwer schädigenden Betriebe und dafür Brotlosmachung einer größeren Anzahl Arbeiter.

Hirsch-Dunckersche Absage an den Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellten! Der Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellter bekommt in der jüngsten Nummer des Zentralorganes und Korrespondenzblattes der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine eine energische und glatte Absage. Damit ist schon das Urteil über das ganze Gebilde gesprochen, das von liberalen Zukunftshoffnungen zu leben gedachte. Zwar haben an der Leipziger Tagung und Gründung des Reichsvereins viele Gewerkvereinler teilgenommen. Der „Gewerkverein" betont aber trotzdem ausdrücklich, daß die Hirsch-Dunckerschen Vereine mit der Sache nichts zu tun haben wollten. „Die Verbandsleitungen sowie auch die einzelnen Vorstände der Gewerkvereine stehen ihm (dem Reichsverein) völlig fern" — so ist es wörtlich zu lesen!

Das Ersticken der neuliberalen Arbeiterbewegung durch die Hirsch-Dunckerianer erfolgt zu guter Letzt deswegen, weil sie selbst in eine Grube gefallen sind, die für die freien Gewerkschaften gegraben wurde. Uns gegenüber wurde immer von dem alleinseligmachenden Prinzip der Neutralität gesprochen, das nach allen Regeln der Kunst und mit aller Macht der Verständnislosigkeit großen Zeitfragen gegenüber durchzusetzen sei. Die Hirsch-Dunckersche Gewerkvereinsbewegung hat sich in diese Sackgasse so verrannt, daß sie jetzt sogar die Mitbeteiligung am liberalen Arbeiterreichsverein strikte und sehr energisch ablehnt. Damit ist dieser Gründung der Boden unter den Füßen entzogen, es wird ihm nichts weiter übrig bleiben, als seine Pleite offiziell zuzugeben oder gleich anderen liberalen Kegel- und Kannegießerklubs weiterzuleben.

Wo die Agrarier herrschen! Wie skandalös die Arbeiterverhältnisse auf sächsischen Gütern sind, und mit welcher Anmaßung die Agrarier auch dort auftreten und die Behörden unter ihrer Botmäßigkeit zu halten suchen, zeigt folgender, dem „Berliner Tageblatt" zugesandter Bericht: „In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses der sächsischen Amtshauptmannschaft Oschatz schlug Amtshauptmann Dr. Wach, der vor kurzem ein Regulativ über die Wohnungsverhältnisse der Landarbeiter erlassen hat, das aber wenig beachtet wurde, einen Nachtrag zu dem Regulativ vor, um den wahrhaft skandalösen Zuständen, wie sie bei etwa 40 Revisionen aufgedeckt worden sind, ein Ende zu machen. Die krassesten vorgetragenen Fälle waren folgende: In einem Insthaus schliefen ein 16jähriger Knecht und dessen Mutter, sowie ein 20jähriger Knecht, der zugleich der Geliebte der Frau war, in einem Bett; in einem andern mußten ein Knecht und zwei Mägde zusammen ein Bett teilen, in dem die zweite Magd am Fußende quer lag. Die Mehrheit des Bezirksausschusses lehnte den Nachtrag ab und sah in ihm, wie Kammerherr Sahrer von Sahr hervorhob, nur ein „Mißtrauensvotum gegen die ländlichen Arbeitgeber". Darauf erklärte Amtshauptmann Dr. Wach, daß die Amtshauptmannschaft die Regelung der Angelegenheit nunmehr selbständig vornehmen müsse."

Der sächsischen Ersten Kammer gehören ein paar Herren Sahrer v. Sahr als Mitglieder an, darunter auch ein Kammerherr Sahrer v. Sahr auf Dahlen. Der letztere scheint der „ländliche Arbeitgeber" zu sein, der im Oschatzer Bezirksausschuß es als Mißtrauensvotum empfindet, wenn die Behörde die grauenhaftesten sittlichen Zustände auf den Gütern der Agrarier beseitigen will. Vielleicht erlebt man noch, daß die Herren v. Sahr im sächsischen Herrenhause solche Zustände verteidigen und Klagen gegen die Behörden organisieren, die dagegen einschreiten.

Legitimation Deutscher in der Schweiz. Die Behörden der Schweiz verlangen auf Grund der Bestimmungen des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages vom 13. November 1909, daß Deutsche, die sich in der Schweiz denierlassen oder sich dauernd oder zeitweilig aufhalten, mit einem gültigen Heimatschein versehen sind. Deutschen, die in der Schweiz einen längeren Aufenthalt nehmen wollen, wird daher, wie halbamtlich betont wird, angeraten, sich vorher eine solche Urkunde zu beschaffen, da sie sich sonst der Gefahr der Ausweisung aussetzen.

Der Gewerkschaftskongreß von Neu-Südwales (Australien) fand in der ersten Juliwoche im Gewerkschaftshause in Sydney statt. Es waren 90 Delegierte anwesend. Unter anderem wurde eine energische Agitation zur Erringung des Sechsstundentages beschlossen, da der Achtstundentag schon ziemlich durchgeführt, die Zahl der Arbeitslosen aber noch recht groß ist. Ferner wurde die Herbeiführung engerer Beziehungen zwischen den Gewerkschaften aller australischen Bundesstaaten beschlossen, sowie eine Agitation gegen die Masseneinwanderung aus Europa, die immer noch von der Regierung durch Bezahlung eines Teils des Fahrgeldes aus Staatsmitteln gefördert wird.

Vereinigte Staaten. Nachdem der Kongreß erst kürzlich das Gesetz, das den Achtstundentag für alle von oder für den Staat ausgeführten Arbeiten bestimmt, ohne Gegenstimme annahm, wurde jetzt auch der Achtstundentag für alle in Baggereibetrieben Beschäftigten zum Gesetz erhoben. Je näher die Wahlen, um so schneller arbeitet auch wieder die Gesetzgebungsmaschine. —

Berichte.

Schönlanke. Am 25. August fand im Lokale des Herrn Jahn eine gut besuchte öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Zu dieser waren die Bürger, wie auch der Herr Bürgermeister eingeladen; letzterer hatte es aber nicht für nötig befunden, zu erscheinen. Die Tagesordnung war folgende: 1. Die hungernden Tabakarbeiter im Kampfe um bessere Zustände und das Verhalten unserer Behörden; 2. Freie Aussprache. Als Referent war der Gauleiter Kollege Hentzschel-Elbing erschienen. Derselbe verstand es, in seinem einstündigen Vortrage den Anwesenden die traurige Lage der Schönlanker Tabakarbeiter vor Augen zu führen. Er betonte hierbei, daß der Lohn der hiesigen Tabakarbeiter so gering sei, daß ein Familienvater nicht imstande sei, die Familie ernähren zu können. Ferner, daß es wohl in ganz Deutschland nicht solche rücksichtslose Fabrikanten gebe wie gerade in Schönlanke. Ferner geißelte er in scharfen Worten das Verhalten der hiesigen Behörden, die immer auf seiten der Unternehmer stehen. Da zum zweiten Punkt sich niemand zum Wort meldete, ergriff der Referent das Schlußwort und teilte der Versammlung mit, daß die Streikleitung eine Verhandlung angebahnt hat, die Fabrikanten es aber nicht für nötig befunden haben, Antwort zu geben. Aber die Tabakarbeiter stehen fest zusammen im Kampfe und nehmen die Arbeit nicht eher auf, als bis die Fabrikanten annehmbare Zugeständnisse machen werden. Da von den Reihen der streikenden Kollegen niemand abgefallen ist, so werden hoffentlich die hiesigen Tabakarbeiter den Sieg davon tragen.

Gießen. Trotzdem die Lohnverhältnisse in der Gießener Zigarrenindustrie die denkbar schlechtesten sind, gibt es hier einige Fabrikanten, die die Welt glauben machen wollen, sie zahlen doch in Gießen die besten Löhne. Doch läßt sich leicht etwas behaupten, wenn man nichts zu beweisen braucht. Deshalb, ihr Herren Fabrikanten, heraus mit euren Lohnlisten als Beweismaterial! Unter den Herren Fabrikanten, die da glauben, sie zahlten in Gießen die höchsten Löhne, befindet sich auch Herr Kommerzienrat Hch. Schirmer. Als dieser Herr erfuhr, daß für seine Arbeiter eine Fabrikversammlung mit der Tagesordnung: Wie können unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse gebessert werden, stattfinden solle, begab er sich höchst persönlich in die Arbeitsräume, um seinen Arbeitern Ermahnungen zu geben und ihnen zu sagen, daß er gar nicht in der Lage wäre, die Löhne aufzubessern. Ob ihm das die Arbeiter geglaubt haben, möchten wir bezweifeln. Dann aber sagte er zu ihnen, daß er unter seinen Kollegen in Gießen die besten Löhne zahle. — Dies ist aber nur scheinbar richtig. Denn Herr Schirmer läßt hier viel bessere Sorten machen, während er die billigen meistens in Filialen machen läßt oder kauft. Außerdem haben wir festgestellt, daß die Akkordlöhne, die er hier zahlt, noch bedenklich niedrig sind, jedenfalls so schlecht als auch in den anderen Fabriken. Oder glaubt Herr Schirmer, es war der Verbandsleitung in Gießen nicht bekannt, daß er Löhne bezahlt von 23 bis 31 ₰ pro 100 Wickel, und daß bei ihm noch Zigarren gerollt werden für 42 und 45 ₰ pro 100. Schlechter sind die Akkordlöhne auch in den anderen Gießener Zigarrenfabriken nicht, was die Arbeiter und Arbeiterinnen des Herrn Schirmer ganz genau wissen. Sie wissen auch, daß die Genossenschaftsfabrik hier einen Minimallohn von 30 ₰ pro 100 Wickel zahlt, das sind pro 1000 70 ₰ mehr als bei Schirmer, und für Zigarrenrollen pro 100 5 7 ₰ Minimallohn, also 1,20 bis 1,50 ℳ mehr pro 1000 Zigarren, zusammen also für die geringsten Sorten schon annähernd 2 ℳ mehr pro 1000 bezahlt als Herr Schirmer. — Alsdann gab er seinen Arbeitern noch den Auftrag, sie möchten dem Bezirksleiter des Tabakarbeiterverbandes sagen, daß er die Sache verkehrt angefangen hätte, er möge doch dort erst anfangen, wo die schlechtesten Löhne gezahlt werden. — Sind die Leiter der Arbeiterorganisation auch komische Menschen. Es wäre doch besser, ehe sie etwas anfangen wollen, zu den Herren Fabrikanten zu gehen, um zu fragen, bei welcher Fabrik mit einer Lohnbewegung angefangen werden könnte. Doch wir haben Angst, daß die Sache ausginge wie das Hornberger Schießen. Denn jeder würde sicher sagen: Bei mir ist das nicht notwendig, meine Löhne sind gut, geht mal erst zu den anderen. Deshalb müssen die Organisationsleiter schon auf den Rat des Herrn Kommerzienrats Schirmer, so gut er auch gemeint sein mag, verzichten und selbst beurteilen, wo sie anzufangen haben, die Arbeiter zu organisieren. So viel Kenntnisse und Beurteilungsvermögen haben die Arbeitervertreter auch mitgebracht, ohne auf der höheren Schule gewesen zu sein. Andererseits hat aber Herr Schirmer durch obige Auslassungen zugegeben, daß die Löhne in der Gießener Zigarrenindustrie im allgemeinen verbesserungsbedürftig sind. Es ist nur schade, daß Herr Schirmer nicht schon früher zu dieser Ansicht gekommen ist, dann wäre auch der große Kampf vor fünf Jahren im Gießener Bezirk nicht notwendig gewesen. Wir sind aber der Auffassung, daß die Löhne nicht nur bei den anderen Herren Fabrikanten aufbesserungsbedürftig sind, sondern ebenso notwendig für die Arbeiter des Herrn Schirmer. Hoffen wir, daß die fortgesetzte Teuerung allen Fabrikanten zeigt, wie notwendig eine Lohnerhöhung für ihre Arbeiter und Arbeiterinnen ist. Andererseits aber hoffen wir auch, daß die Teuerung allen Tabakarbeitern und -Arbeiterinnen die Augen öffnet und ihnen den Weg zur Organisation zeigt, der allein zum Ziele führt. Deshalb, alle hinein in den Deutschen Tabakarbeiterverband! Dann werden auch wir mitzureden haben.

Verbandsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephon Nr. 6046.
Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das **Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32**, zu adressieren.

Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an **W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32.** — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg. Postscheckkonto Nr. 5349 beim Postscheckamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an **Johs. Krohn, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32**, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an **Gustav Riendorf, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32**, zu adressieren.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an **Emil Eilken, Altona-Ottensen, Hohenesch 3, pt.**, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Zur Beachtung!

Bei der Arbeitslosenunterstützung kommen immer noch viele Irrtümer vor. Viele Bevollmächtigte scheinen noch der Ansicht zu sein, die Arbeitslosenunterstützung für die Sonntage berechnen zu müssen. Das ist falsch; Arbeitslosenunterstützung darf nur für die Wochentage berechnet und ausbezahlt werden. Sonntage sind ausdrücklich davon ausgeschlossen.

Des weiteren. An auf Wanderschaft befindliche und nur mit Wanderkarte versehene Mitglieder darf höchstens nur für drei Tage Unterstützung auf einmal ausbezahlt werden.

Fahrgeld, nach dem § 10 Abs. 5 des Statuts, darf nur an solche Mitglieder ausgezahlt werden, die aus der Arbeit entlassen sind oder mit Zustimmung der Bevollmächtigten die innehabende Arbeitsstelle aufgegeben haben; dazu kommt ferner, wenn diesen Mitgliedern in einem anderen Orte Arbeit nachgewiesen oder sie sich selbst durch eigene Bemühungen solche verschafft haben. In diesen Fällen erhalten die Mitglieder das Fahrgeld der 4. Klasse, wenn die Entfernung mindestens 25 Kilometer beträgt.

Es empfiehlt sich in allen Fällen, stets das Statut zur Hand zu nehmen, um die Mitglieder vor unangenehmen Ueberraschungen zu schützen.

Ausgeschlossen nach § 15 b des Statuts: der Zigarrenmacher **E. Möller** in **Wandsbek** (S. 1570, 1591).

Ohne Abmeldung abgereist ist: von Rheda der Zigarrenmacher **Kaspar Wittler** aus **Goch**, aufgen. am 18. 4. 12. (S. 1587.)

Abrechnungen vom 2. Quartal gingen beim Vorstand ein in der Zeit vom 28. August bis 2. September 1912:

12. Gau: Grünberg i. Schles.

Der Vorstand.

Vom 27. August bis 2. September 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen. V. = Verbandsbeiträge, E. = Extrabeiträge, F. = Freiwillige Beiträge.

22. August: Rochlitz V. 20.—. **23. August:** Straßburg V. 300.—. Altona V. 400.—. **24. August:** Dresden V. 400.—. Waldheim V. 250.—. Minden V. 700.—. Oberbauerschaft V. 7.94. **25. August:** Potsdam V. 60.—. Frankenberg V. 800.—. **26. August:** Cölleda V. 60.—. Hamburg F. 50.—, durch H. Pogge. **27. August:** Bernburg V. 15.—. Zerbst V. 50.—, E. 4,50. Nußloch V. 60.—. Bergedorf V. 60.—. **29. August:** Burgdamm V. 200.—. Breslau V. 200.—. **31. August:** Bischofswerda V. 100.—.

Gleichzeitig mache darauf aufmerksam, daß bei Einsendung der Gelder an den Vorstand die Bevollmächtigten nur unsere Zahlkarten benutzen wollen, damit unnütze Portoausgaben vermieden werden. **Da noch immer von einer Anzahl Zahlstellen übersehen wird, die Zahlkarten mit dem Zahlstellenstempel zu versehen, so empfiehlt es sich, in Zukunft die Zahlkarten gleich nach Empfang mit dem Verbandsstempel versehen zu wollen.**

Damit die Zusendung von etwa erforderlichem Zuschuß durch unser Postscheckkonto erfolgen kann, wolle man die Bestellung rechtzeitig beim Vorstand einreichen. Falls Zahlkarten gewünscht werden, bitte dieses auf dem Abschnitt vermerken zu wollen, damit die Zusendung erfolgen kann.

Bremen, den 2. September 1912. **W. Nieder-Welland.**

Vom Vorstande sind ernannt:

Berlin: Wilh. Boerner als 1., Alw. Schulz als 2., Robert Krumnow als 3. Bev.; Paul Fritz, Luise Minuth als Kontrolleure.
Roßbach (Kreis Witzenhausen): Friedr. Mühlhausen als 1., Daniel Fahrenbach als 2., Peter Ruhl als 3. Bev.: Karl Külmer, Peter Dörfler als Kontrolleure.
Wiesbaden: Marta Stock als 1., Wilh. Luther als 2., Johanne Haubold als 3. Bev.; Kätchen Müller, Katharina Mücke als Kontr.

Adressenänderungen.

Minden (Westf.): 1. Bev. Heinrich Gerkemeier wohnt Minden-Barkhausen, Portastr. 199, Post Barkhausen.
Berlin: 1. Bev. Wilh. Boerner, Berlin S., Ritterstr. 15.
Potsdam: Ernst Laubig, Potsdam, Wildpark, Viktoriastr. 47.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

A.-U. = Arbeitslosenunterstützung. K.-U. = Krankenunterstützung.

Mühlhausen i. Thür. A.-U. und K.-U. beim 2. Bev. Emil Rothe, Rosenstr. 8, Sonnabends abends 6 bis 8 Uhr. Für Durchreisende im Restaurant zur Heimat, St. Jakobi.
Pr.-Oldendorf. A.-U. und K.-U. beim 2. Bev. Franz Wiede in Getmold.
Höchst a. M. A.-U. wird an Durchreisende nicht ausbezahlt.

Arbeitsnachweis für Sortierer.

Dresden: Walter Nobis, Dresden-N., Torgauerstr. 56.
Leipzig: Herm. Rosenfeldt, Leipzig-R., Kreuzstr. 38,6 II.
Vlotho: Heinr. Waltermann, Vlotho, Wasserstr. 33.
Mühlhausen i. Thür.: Emil Rothe, Rosenstr. 8.

Mitglieder-Versammlungen.

Regelmäßige Versammlungsschwänzer sind Mitglieder, die nicht mitarbeiten wollen!

Sonnabend, 7. September:

Spenge: Ab. 8½, b. Schröder. T.-O.: Abrechnung, Die Bewegungen am Orte.
Barel i. Oldbg.: Ab. 9, b. Schubert.

Sonntag, 8. September:

Niederbecksen: Nachm. 5, b. Henke.
Pr.-Oldendorf: Bei Meier in Gehmold, um 4 Uhr nachm.

Gestorben:

Am 22. August in Leipzig **Wilhelmine Hommel** aus Leipzig-Thonberg, 73 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

5% Reklame-Rabatt!

2 Reklame-Wochen bei Heinrich Frank, Berlin!

Ich gewähre **5% Reklamerabatt** auf **alle** Preise meines Kataloges **ausser allen** sonstigen Rabatten bei jedem Tabakeinkauf gegen bar oder Nachnahme in der Zeit vom

9. September bis 23. September d. J.!

Jeder Zigarrenfabrikant überzeuge sich unter Benutzung dieser aussergewöhnlichen Gelegenheit von der Preiswürdigkeit und Reichhaltigkeit meiner Offerten!

Auszug aus dem Katalog:

5% Reklame-Rabatt ausser den üblichen Vergünstigungen!

Sumatra-Decken:

No.	M	
1806	1.75	Vollblatt 1. Länge, Delitabak, reif.
1693	2.—	Vollblatt 3. Länge, sehr blattig, vorzüglicher Geschmack, schneeweisser Brand, lebhafte Farben, viel hell.
1728	2.10	Vollblatt 1. Länge, reif, vorzüglicher Geschmack.
1809	2.20	Lochblatt 3. Länge, Linksroller mit hellen Farben, vorzüglicher Geschmack.
1686	2.40	Vollblatt, grosse zarte dritte Länge, hellbraun, edel, Qualitätstabak, sehr empfehlenswert.
1764	2.50	Vollblatt 1. Länge, Qualitätstabak, sehr deckfähig, billigstes Material, links und rechts schöne Farben.
1687	2.50	Vollblatt 3. Länge, ganz reinfarbig, rechts und links blass, sehr blattig und zart.
1673	2.60	Lochblatt, ganz grosse 3. Länge, meist wie Vollblatt, fahl, reinfarbig, moderne Farben, hervorragend in Qualität und Brand.
1774	2.60	Pflückblatt, Vollblatt 1. Länge, reinfarbig, links sehr fahl.
1568	2.80	Vollblatt 3. Länge, grosses zartes Blatt, edel, durchweg hell.
1695	3.—	Vollblatt 1. Länge, dunkel und schwarz, Qualitätstabak.
1571	3.10	Vollblatt 1. Länge, lebhaft hellbraun, riesig deckfähig, prima Qualität, links und rechts reinfarbig.
1762	3.20	Vollblatt 1. Länge, fahler Linksroller, sehr vorteilhaft.
1773	3.40	Pflückblatt, Lochblatt 1. Länge, hell, zart, reinfarbig, wunderbare Qualität.
1759	3.50	Pflückblatt, Vollblatt 2. Länge, hell, zart.
1758	3.60	Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, zart, mattfahl, reinfarbig.
1754	3.80	Pflückblatt, Lochblatt 2. Länge, ganz hell, reinfarbig.
1807	4.—	Pflückblatt, Vollblatt 1. Länge, zart, matt.
1755	4.20	Pflückblatt, Vollblatt grosse 3. Länge, hellmatt, reinfarbig.
1757	4.25	Pflückblatt, Lochblatt 1. Länge, hellfahl, reinfarbig.
1734	4.50	Sandblatt, Vollblatt 3. Länge, sehr zart und blattig, ganz hell, wie fahl, feinste Qualität.
1735	4.60	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, wunderbar zart, mattfahl.
1765	4.80	Pflückblatt, Stückblatt 2. Länge, duffahl, sehr zart.
1736	5.—	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, zart, leicht, sehr hell.
1753	5.50	Pflückblatt, Lochblatt, 1. Länge, sehr hell, reinfarbig.
1698	5.50	Pflückblatt, Vollblatt 2. Länge, hellfahl, reinfarbig.
1751	6.—	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, mattfahl reinfarbig, zart.
1752	6.50	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, mattfahl mit feinem Spickel, ganz zart, horrend deckfähig.
1766	6.80	Pflückblatt, Lochblatt 1. Länge, wunderschöne helle Farben, vorzügliche Deckkraft, feinste Qualität.
1750	7.—	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, graumatt, reinfarbig, prachtvolle Farben, riesig deckfähig.
1738	8.25	Sandblatt, Vollblatt 2. Länge, hellmatt, zart, reinfarbig, wunderschön, hervorragend, feine Qualität.

Vorstenlanden-Decken:

No.	M	
1769	2.20	Zarter Linksroller, sehr breit und sehr deckfähig.
1682	2.40	Hell, breitblattig, zart, ungemein deckfähig.
1677	2.50	Spickeltabak, reif, zart und sehr deckfähig, viel schwarz.
1744	2.50	Viel weissfahle reine Farben, sehr blattig.
1651	2.60	Reif, gutes Blatt, schöne Farben, sehr deckfähig.
1700	2.70	Heller Linksroller, reif, sehr zart und breitblattig, viel fahl.
1628	2.80	Qualitätstabak, hell, sehr ergiebig.
1745	3.40	Eleganter Spickel, reinfarbig matt, leicht, edel.
1746	3.50	Graufahler Linksroller, reinfarbig prachtvoll.
1770	4.—	Zart, matter Rechtsroller, sehr deckfähig, hell.
1771	4.25	Sandblatt, hellgraufahl, wunderbare Farben, Rechtsroller.
1748	4.50	Sandblatt, schwarz reinfarbig, weich, wunderbarste Qualität.
1772	5.50	Hellfahl, meist weiss, zart, riesig deckfähig, links ganz wunderbar, rechts Aschebeschlag, feinste Qualität.

Sumatra-Umblatt:

No.	M	
1703	1.50	Leicht, hell, guter Brand, sehr ergiebig.
1805	1.60	2. Länge, ergiebig, guter Geschmack.

No.	M.	
1438	1.70	Qualitätstabak, reif, blattig.
1705	1.75	Rundes zartes Blatt, sehr blattig und sehr vorteilhaft, da mit Rippe zu arbeiten.
1706	1.80	Zarter Qualitätstabak, sehr blattig, riesig ergiebig.
1707	1.85	Hell, zart, leicht, feiner Geschmack, besonders schön.
1693	2.—	Deli-Tabak für feines Fabrikat.

St. Felix-Brasil:

1721	1.30	Lose Blätter, tadelloser Brand, ganz leicht.
1409	1.50	Einlage, feinste Qualität, tadelloser Brand.
1656	1.60	Vorzüglicher Brand, tadelloser Geschmack, blattig, kernig.
1657	1.75	Sehr blattig, sauer, feiner Geschmack, sehr empfehlenswert.
1446	1.85	Qualitätstabak, leicht, hochfeiner Geschmack, viel Umblatt.
1724	1.90	Aufarbeiter, sehr sauer, kräftiger Geschmack.
1610	2.—	Viel Umblatt, tadelloser Brand und Geschmack mild.
1365	2.10	Leicht und mittel, grosses zartes Blatt, feinste Qualität, für gutes Fabrikat, meist Umblatt.
1716	2.20	Hochfein, leicht im Geschmack.
1715	2.50	Hochfein, für feinstes Fabrikat, kräftig.
1803	3.50	Decke von hervorragender Qualität, schneeweissem Brande und dunklen Farben, sehr blattig.

Sofern mein Katalog nicht in Ihrem Besitze ist, bitte ihn sofort zu beordern!

Heinrich Franck

Berlin N. 54 :: Brunnen-Strasse 22

5% Reklame-Rabatt!

Gegründet 1879 Postscheckkonto: Berlin 1738 Telephon: Amt Norden 4352

Verantwortlicher Redakteur: G. Riedel. Verlag: Deutscher Zigarrenfabrikanten-Verband, G. Deichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeldt & Co., Aktiengesellschaft in Bremen.